
IASS STUDY

Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS)

Kann der Speiseplan die Erde retten?

**Fünf Aktionsvorschläge zur Beschleunigung einer
kommunalen Ernährungswende**

Potsdam, September 2022

**Dr. Nora Ratzmann
Kathrin Faltermeier
Dr. Julia Plessing**



Deutsch-Französisches
**ZUKUNFTS
WERK**

IASS STUDY

Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS)

Kann der Speiseplan die Erde retten?

Fünf Aktionsvorschläge zur Beschleunigung einer
kommunalen Ernährungswende

Potsdam, September 2022



Zusammenfassung (DE)

Ernährung ist zentral für die sozial-ökologische Transformation und dabei ein für Bürger:innen zugängliches Alltagsthema. Einige Städte und Gemeinden in Deutschland und Frankreich haben das Potenzial einer innovativen lokalen Politik für nachhaltige Ernährung erkannt und spannende Ansätze entwickelt und erprobt. Dabei stoßen sie jedoch auf strukturelle Barrieren, die nicht auf der kommunalen Ebene zu beseitigen sind. Das Deutsch-Französische Zukunftswerk hat zu den Chancen und Hemmnissen lokaler Ernährungswenden recherchiert und engagierte Kommunen beider Länder miteinander in Austausch gebracht. Gemeinsam mit Expert:innen aus der Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft hat es darüber hinaus die Handlungsempfehlung „Entwicklung lokaler und nachhaltiger Ernährungssysteme priorisieren“ mit fünf Aktionsvorschlägen an die nationalen Regierungen entwickelt. Diese Studie versteht sich als Hintergrundpapier zur Handlungsempfehlung. Anhand des konkreten Beispiels von Mouans-Sartoux und anderen Kommunen beschreibt es die Potenziale einer nachhaltigen kommunalen Ernährungspolitik und liefert – aus der konkreten lokalen Praxis heraus – das Hintergrundwissen für jeden der fünf Aktionsvorschläge.

Summary (EN)

Food and food policy is central to social-ecological transformation. It is also an everyday issue that is easy to communicate to citizens. Municipalities in Germany and France have recognized the potential of innovative local food policies and have developed and tested innovative approaches to transforming local food systems. However, they are encountering structural barriers that cannot be overcome at the municipal level. The Franco-German Forum for the Future has researched the opportunities and obstacles of local nutritional change and brought engaged municipalities from both countries into exchange with each other. Together with experts from academia, public administrations and civil society, it has developed the seven recommendations for the national governments, one of which concerns "Prioritizing the development of local and sustainable food systems" with five proposals for action. This study is intended as a background paper to the Recommendation. With recourse to the concrete example of Mouans-Sartoux and other municipalities in France and Germany, it describes the potentials of a sustainable municipal food policy and provides – from concrete local practice – the background knowledge for each of the five proposals for action.

Danksagung

An dieser Stelle danken wir Deborah Ferreira, Anna Hüncke, Adam Naber und Emilie Sani, Anna Reinhard sowie Alexis Clôt und den Vertreter:innen der lokalen Initiativen, mit denen das Zukunftswerk seit September 2020 zusammengearbeitet hat. Ihre Unterstützung und unermüdliche Arbeit haben diese Analyse erst möglich gemacht. Weiterer Dank gebührt den Mitgliedern des Resonanzraumes, die sich in den Arbeitsgruppen zum Thema nachhaltige Ernährung eingebracht haben.

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung.....	4
2	Kommunale Ernährungswende in der Praxis	7
2.1	Nachhaltige Ernährung in Mouans-Sartoux.....	7
2.2	Lokale Gelingensbedingungen für eine kommunale Ernährungswende	10
3	Entwicklung lokaler und nachhaltiger Ernährungssysteme priorisieren – fünf Aktionsvorschläge	13
3.1	Standortangepasste Strategien für nachhaltige Ernährung finanzieren und begleiten	13
3.2	Stärkung der Gemeinschaftsverpflegung durch eine Reform des (EU-)Vergaberechts.....	16
3.3	Förderung des Dialogs zwischen lokalen Produzent:innen und Käufer:innen	19
3.4	Stärkung einer vielfältigen Agrarstruktur durch kommunalen Landerwerb.....	21
3.5	Förderung von Ernährungsbildung	23
4	Schlussbetrachtung	26
	Literatur.....	27
	Zu den Autor:innen.....	30

1 Einführung

„Das Projekt der biologischen, lokalen [Schul-]Kantine hat uns dazu gebracht, weitreichende Entscheidungen für die Gemeinde zu treffen. [...] Die Familien haben sich das Projekt der [öffentlichen] Kantinen zu eigen gemacht: Sie essen mehr bio, lokal und saisonal, sie kochen mehr und reduzieren ihre Lebensmittelverschwendung. Dadurch haben wir festgestellt: Wir müssen ein viel umfassenderes Projekt als das Kantinenprojekt aufsetzen. Ein Projekt, das darauf abzielt, Mouans-Sartoux ernährungssouverän zu machen, das heißt zu entscheiden, was wir essen wollen, wie wir es produzieren, mit welchen Anbaumethoden und woher die Lebensmittel stammen sollen.“

Gilles Pérole, stellvertretender Bürgermeister von Mouans-Sartoux

Essen ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Lebens. Und getreu dem Grundsatz „Du bist, was du isst“ fällen wir jeden Tag aufs Neue Entscheidungen, wie wir uns ernähren, wo wir welche Lebensmittel einkaufen, wie wir sie zubereiten und was letztendlich auf unseren Tellern landet. Dabei spielt nicht nur die Gesundheit eine Rolle: Ernährung ist ein Schlüsselthema der Nachhaltigkeit. Allein unser Lebensmittelkonsum ist europaweit für 20 bis 30 Prozent der negativen Umweltauswirkungen verantwortlich.¹ Ein Blick auf das individuelle Konsumverhalten in Deutschland und Frankreich zeigt zwar, dass umweltfreundliche Ernährungsweisen² an Popularität gewinnen.³ Allerdings ist ein bewusster Konsum auf individueller Ebene nur ein Baustein für eine erfolgreiche Ernährungswende. Denn auch die Produktion und die Verarbeitung von Nahrungsmitteln müssen bedacht werden, um Treibhausgas (THG)-Emissionen einzusparen, Böden und somit die Umwelt zu schonen und Ernährungssysteme dauerhaft nachhaltig umzugestalten. Eine nachhaltige Ernährung in Form einer regionalen Versorgung mit biologisch produzierten Lebensmitteln sowie ein geringerer Konsum tierischer Nahrungsmittel können also erheblich dazu beitragen, den CO₂-Ausstoß und andere umweltschädliche Folgen der Landwirtschaft und des Ernährungssektors zu reduzieren. Das Thema genießt zunehmend politisches Momentum in Deutschland und Frankreich. In Anbetracht des ökologischen Fußabdrucks unserer Ernährung(sproduktion) forderte der französische Bürger:innenkonvent für das Klima⁴ die Emissionen aus dem Agrar- und Lebensmittelsektor zu halbieren, um das Ziel der CO₂-Neutralität bis 2050 zu erreichen. Auch in Deutschland wächst das Bewusstsein der Bevölkerung: In der Umweltbewusstseinsstudie 2020 schätzte die überwiegende Mehrheit der Befragten staatliches Handeln im Bereich Ernährung und Landwirtschaft als unzureichend ein.⁵ Dieser Kritik stellt die gegenwärtige deutsche Bundesregierung im Koalitionsvertrag 2021-2025 die Entwicklung einer Ernährungsstrategie

¹ Siehe Schanz, H. et al. (2020).

² Der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) (2022) zufolge bedeutet eine ökologisch nachhaltige Ernährungsweise, sich mit überwiegend pflanzlichen Mahlzeiten aus ökologischen, regionalen, saisonalen und fair produzierten Lebensmitteln mit geringem Verarbeitungsgrad zu ernähren.

³ In Deutschland hat sich der Umsatz mit Bio-Lebensmitteln in den letzten Jahren verdoppelt (Ahrens, 2022). Auch in Frankreich ist ein Anstieg zu verzeichnen. Im Jahr 2021 aßen 13 Prozent der Bürger:innen täglich Bioprodukte, 73 Prozent mindestens einmal im Monat (Agence Bio, 2021).

⁴ Die *Convention Citoyenne pour le Climat* (2020) wurde 2019 als Konvent 150 französischer Bürger:innen von der französischen Regierung eingesetzt, um sozial gerechte Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen vorzuschlagen. Die 2020 vorgelegten Empfehlungen sind auf Französisch abrufbar unter <https://www.convention-citoyennepourleclimat.fr>.

⁵ Großer Verbesserungsbedarf wird insbesondere bei der Reduzierung von Verpackungsmüll (93 %), Lebensmittelverschwendung (89 %), beim Artenschutz und Tierwohl (85 %) sowie bei der Schadstoff- und Pestizidbelastung (80 %) gesehen (Belz et al., 2022, S. 69).

entgegen. Gerade im Sinne einer Regionalisierung unserer Ernährungssysteme⁶ spielen kommunale staatliche und nicht-staatliche Akteur:innen eine zentrale Rolle (Kruse, 2021). Städte und Gemeinde können – mit politischem Willen, Entschlossenheit, Engagement und Kreativität – Transformationsprozesse im Ernährungsbereich beschleunigen, indem sie die vorhandenen Spielräume nutzen und aktiv gestalten. Einige Vorreiterkommunen haben ihre Steuermöglichkeiten entdeckt und streben eine lokale Ernährungswende als Nachhaltigkeits- und Resilienzstrategie an (Morgan, 2015). Sie entwickeln zusammen mit der Zivilgesellschaft, teils auch mit Akteur:innen aus der (Land-)Wirtschaft, innovative Strategien für bessere Rahmenbedingungen, um mehr bio-regionale Produkte⁷ in den Umlauf zu bringen und sensibilisieren Konsument:innen sowie Produzierende für nachhaltige Ernährung. Dabei machen sie sich zunutze, dass Ernährung jede:n direkt und unmittelbar betrifft und somit ein starkes Identifizierungs- und Mobilisierungspotenzial innehat (Wunder, 2019). So können sie von einer gewissen Hebelwirkung des Themas profitieren.

Bisher ist jedoch das Potenzial von Kommunen in der Gestaltung nachhaltiger Ernährung nicht ausgeschöpft. Leitbilder nachhaltiger Entwicklung konzentrieren sich bislang eher auf lokale Klimaanpassungsstrategien, wie Mobilität/Verkehr und Energie (Sipple & Schanz, 2019). Kommunen in Deutschland und Frankreich, welche das Deutsch-Französische Zukunftswerk (im Folgenden Zukunftswerk) über mehrere Monate begleitet und miteinander in Austausch gebracht hat, sehen das Thema jedoch als zentralen Bestandteil ihrer lokalen Nachhaltigkeitsstrategien.

Als Modellkommune einer Ernährungswende gilt Mouans-Sartoux. In den sechs Schulkantinen der südfranzösischen Kleinstadt werden allen Kita- und Grundschulkindern bereits seit 2012 ausschließlich Bio-Mahlzeiten serviert – ohne gestiegene Verpflegungskosten, denn die Lebensmittelverschwendung wurde erfolgreich reduziert. Über 80 Prozent des verwendeten Gemüses und Obstes werden auf einem kommunalen Landgut angebaut, nur wenige Kilometer von den Schulen entfernt. Darüber hinaus hat die Stadt ein Lern- und Bildungszentrum für nachhaltige Ernährung eingerichtet. Auch andere Kommunen erproben vielversprechende Ansätze. Die französische Kommune Loos-en-Gohelle hat nachhaltige Ernährung ebenso als Querschnittsthema für seine sozial-ökologische Transformation definiert und arbeitet dafür auf interkommunaler Ebene und mit dem Umland zusammen. Die sächsische Gemeinde Nebelschütz hat konventionelles Agrarland zurückgekauft und verpachtet es an Bio-bäuer:innen oder nutzt es für Naturbiotope, Gemeinschaftsgärten und Streuobstwiesen. Die Städte Köln, Berlin und Marburg haben Ernährungsräte als zentrales Instrument einer lokalen Ernährungswende eingerichtet.

Doch trotz aller Ambition und beachtlicher Erfolge, welche die Kommunen erzielen, begegnen sie auch strukturellen Barrieren, die ein Hemmnis für eine nachhaltige „lokale Ernährungswende“ sein können. Übergeordnete Ebenen, wie nationale und europäische, könnten durch gezielte Maßnahmen bessere Rahmenbedingungen schaffen und somit auch weitere Kommunen dazu anregen, ihre Ernährungssysteme strategisch nachhaltiger auszurichten. Hier setzt das Zukunftswerk mit seinem Auftrag an die förderlichen und hinderlichen Faktoren lokaler Transformation durch Aktionsforschung zu beleuchten, ambitionierte Kommunen in Deutschland und Frankreich dahingehend in Austausch zu

⁶ Ernährungssysteme können als jene direkt und indirekt ernährungsbezogene Aktivitäten und Beziehungen von Stadtverwaltung, Unternehmen, Vereinen und Bürger:innen definiert werden, die sich auf die Bereiche Produktion, Verarbeitung, Konsum, Verarbeitung und Entsorgung von Nahrungsmitteln zur Versorgung der lokalen Bevölkerung beziehen (Sipple & Schanz, 2019; vgl. auch lokale Kreislaufwirtschaft).

⁷ Im vorliegenden Papier fokussieren wir uns auf die Aspekte *biologisch* und *regional*, teilweise unter dem Begriff „bio-regional“ zusammengefasst. Die Bezeichnungen „Bio“ und „Öko“ sind gesetzlich geschützt und unterliegen strengen Richtlinien, die seit 1991 in der EG-Öko-Basisverordnung EU-weit geregelt werden. Im Gegensatz dazu bleibt die Begrifflichkeit *regional* in Deutschland und Frankreich unscharf definiert. So umfasst der Begriff „regionale Produkte“ die Spanne von Direktverkäufen durch Erzeuger:innen bis hin zu Erzeugnissen aus demselben Land (z.B. das Label „produit en France“, produziert in Frankreich); vermeintlich „aus der Region“ stammende Lebensmittel haben laut Verbraucherzentrale teils erhebliche Transportwege zurückgelegt.

bringen sowie, ausgehend von den Erfahrungen deutscher und französischer Städte und Gemeinden, Handlungsempfehlungen für die politischen Entscheidungsträger:innen beider Länder zu erarbeiten. Diese grenzüberschreitende Perspektive eröffnet einerseits neue Einsichten sowie Inspiration aus der lokalen Praxis. Andererseits bietet sie eine Vergleichsmöglichkeit, unterschiedliche nationale Kontexte zu beleuchten und festzustellen, wie diese sich auf lokales Handeln auswirken können. In einem ersten Arbeitszyklus hat das Zukunftswerk gemeinsam mit 40 Expert:innen aus seinen Partnerkommunen, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wissenschaft von November 2021 bis März 2022 in einem kollaborativen Prozess, dem sogenannten Resonanzraum, folgende Fragen behandelt: Was können wir aus kommunaler Transformationspraxis lernen? Wie kann die nationale Ebene den Kommunen dienlich sein, damit diese ihre zentrale Rolle in der Gestaltung eines sozial-ökologischen Wandels wahrnehmen können? Daraus sind sieben Handlungsempfehlungen entstanden, die am 12. Mai 2022 veröffentlicht und anschließend dem Deutsch-Französischen Ministerrat und der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung vorgelegt wurden.⁸

Die Empfehlung „Entwicklung lokaler und nachhaltiger Ernährungssysteme priorisieren“ stieß auf besonderen Anklang im Resonanzraum und in Diskussionsrunden mit Vertreter:innen aus den Ministerien in Deutschland und Frankreich. Sie beinhaltet folgende fünf konkrete Aktionsvorschläge:

Die nationalen Regierungen sollen

1. Standortangepasste Ernährungsstrategien unterstützen und begleiten,
2. sich für eine Reform des EU-Vergaberechts einsetzen,
3. den Dialog zwischen Käufer:innen und lokalen Produzent:innen auf nationaler und regionaler Ebene fördern,
4. eine vielfältige Agrarstruktur stärken, und
5. ein Fortbildungsprogramm zu nachhaltiger Ernährung für Personal in der Gemeinschaftsverpflegung auflegen.

Hauptziel dieses Beitrags ist es mit Bezug auf Mouans-Sartoux und andere Kommunen in Deutschland und Frankreich die Hintergründe zu diesen Handlungsempfehlungen zu diskutieren. Anhand jedes einzelnen Aktionsvorschlags erläutern wir die lokalen Erfahrungen und Herausforderungen der von uns erkundeten Initiativen und erklären, wie nationale Regierungen konkret Abhilfe schaffen bzw. unterstützend wirken können. Vorab beleuchten wir die Potenziale des Themas Ernährung für eine sozial-ökologische Transformation auf kommunaler Ebene anhand des Beispiels von Mouans-Sartoux. Darüber hinaus zeigen wir – wiederum auf der Basis der Erfahrungen von Mouans-Sartoux und anderen Kommunen – die Gelingensbedingungen für eine lokale Ernährungswende auf, denn der Erfahrungsschatz der Vorreiterkommunen kann zum Nachahmen anregen.

Methodisch basiert dieser Artikel auf Daten, die im Rahmen einer Studie in Mouans-Sartoux durch semi-strukturierte Interviews mit Akteur:innen, Feldbesuche sowie eine Umfrage erhoben wurden. Ergänzt wurden diese durch Datenerhebungen bei unseren Partnerkommunen Marburg, Nebelschütz und Loos-en-Gohelle, bestehend aus Aufzeichnungen von Dialogveranstaltungen, Feldbesuchen, teilnehmender Beobachtung, semi-strukturierten Interviews sowie informellen Hintergrundgesprächen. Zusätzlich wurden semi-strukturierte Interviews mit den Ernährungsräten der Städte Berlin und Köln geführt sowie Dialoge mit und Feldbesuche von Initiativen des Global Ecovillage Networks.

⁸ Die Handlungsempfehlungen setzen sich unter anderem dafür ein, die Instrumente der Finanzierung für lokale Klimamaßnahmen anzupassen, Systeme für kommunale THG-Bilanzierung und Klimaschutzmonitoring erheblich nachzubessern und zu unterstützen, Partizipation und langfristige Kooperationen zwischen Bürger:innen und Kommunen zu fördern, sowie eine diskriminierungssensible Transformationspolitik auf lokaler Ebene zu ermöglichen. Für Details siehe: <https://df-zukunftswerk.eu/handlungsempfehlungen>.

2 Kommunale Ernährungswende in der Praxis

Städte und Gemeinden haben erst im neuen Jahrtausend zunehmend ihre Handlungsspielräume in der Ausgestaltung lokaler Ernährungssysteme entdeckt. Vorreiter waren hier vor allem Städte aus Nordamerika, wie z.B. New York und Vancouver, die sich gegen eine „Supermarketisierung“ wandten (Wunder, 2019). Englische Städte, wie z.B. Bristol oder Brighton, zogen bald nach und entwickelten das Instrument der „Food policy councils“, der sogenannten Ernährungsräte (Morgan, 2015). Auch in Deutschland und Frankreich entwickeln nun z.B. Köln oder Paris lokale Ernährungsstrategien. Die stetig wachsende Zahl der Unterzeichner:innen des Milan Urban Food Policy Pact (MUFPP) bestätigt, dass sich Kommunen zunehmend in der Verantwortung sehen. Unterzeichner:innen aus Deutschland sind beispielsweise Köln, Berlin und Frankfurt; aus Frankreich sind es unter anderem Paris, Toulouse, Nantes und Montpellier.⁹ Im Folgenden skizzieren wir anhand des Beispiels von Mouans-Sartoux, wie eine Ernährungswende lokal gelingen kann. Darauf aufbauend haben wir einige – sicherlich nicht ausschließliche – Gelingensbedingungen auf lokaler Ebene identifiziert.

2.1 Nachhaltige Ernährung in Mouans-Sartoux

Die südfranzösische Kleinstadt Mouans-Sartoux mit rund 10.000 Einwohner:innen liegt im Südosten Frankreichs im Städtedreieck Cannes, Grasse und Antibes. Der Boom des Tourismus ab den 1950er-Jahren führte schnell zu einer grundlegenden Transformation der Gemeinde und der lokalen Wirtschaft, die bis dahin vom landwirtschaftlichen Anbau von Rosen und Jasmin für die Parfümproduktion geprägt war. Die Nähe zur Côte d’Azur beeinflusst die wegen ihrer Lebensqualität sehr beliebte Stadt bis heute. Doch im Vergleich zu ihren Nachbarkommunen setzte sich die Stadtverwaltung von Mouans-Sartoux seit den 1970er-Jahren für eine nachhaltige Stadtentwicklung ein, wehrte sich erfolgreich gegen Großprojekte wie den Bau einer Autobahn oder die Ansiedlung einer IKEA-Filiale und hat sich in Frankreich sowie überregional einen Namen für ihre innovative Ernährungspolitik gemacht.



2012 stellte Mouans-Sartoux als erste Stadt in Frankreich die Gemeinschaftsverpflegung ihrer sechs kommunalen Kantinen (Kindergärten und Grundschulen) zu 100 Prozent auf biologische Lebensmittel um. Als Schlüsselmoment für die kommunale Ernährungswende führen die Verantwortlichen der Stadt die sogenannte BSE-Krise Ende der 1990er-Jahre an – eine Zeit, in der der Anteil an Bio-Lebensmitteln in der örtlichen Schulspeisung bei gerade einmal vier Prozent lag. Als erster Schritt der zu Beginn vor allem gesundheitlich motivierten Reform wurden zunächst die Schulkantinen wieder der Kommune unterstellt und für jede der drei Grundschulen eine eigene Kantine mit Küche geschaffen. Im Anschluss wurde zunächst nur das Rindfleisch auf 100 Prozent biologische Herkunft umgestellt und dann schrittweise die Gesamtzielmarke ökologisch produzierter Lebensmittel gesteigert (von 23 Prozent 2009 auf 73 Prozent 2011) bis 2012 die 100 Prozent Bio erreicht wurden. Durch gezielte Maßnahmen zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung konnte die Umstellung kostenneutral

⁹ Für weitere Informationen zum MUFPP: <https://www.milanurbanfoodpolicypact.org/>.

umgesetzt werden. Nur knapp ein Fünftel der Lebensmittel für die Schulspeisung werden zugekauft (v.a. tierische Produkte), auch überregional, solange sie aus biologischem Anbau stammen. Heute werden täglich über 1.300 Essen ausgegeben. Mehr als 80 Prozent der verwendeten Lebensmittel stammen aus dem Anbau des kommunalen Eigenbetriebs. Nach einer erfolgreichen Machbarkeitsstudie kaufte die Stadt 2005 dafür das landwirtschaftliche Anwesen „La Haute Combe“ mit insgesamt sechs Hektar. Die vier Hektar große Anbaufläche wird von drei Landwirt:innen bewirtschaftet, die direkt bei der Kommune angestellt sind. In Eigenregie (*régie municipale*) produziert Mouans-Sartoux so jährlich rund 25 Tonnen Biogemüse. Um eigene Handlungsspielräume im Wirkungsgeflecht der Ebenen zu stärken und der in Frankreich im Jahr 2015 forcierten Kompetenzverschiebung auf die interkommunale Ebene möglichst auszuweichen, hat die Kleinstadt Mouans-Sartoux ihren bereits seit den 1970er-Jahren eingeschlagenen Weg der Kommunalisierung weiter vorangetrieben. Dies erfolgte durch die Rückführung von Kompetenzen an die Kommune oder die Gründung von halbstaatlichen Gesellschaften mit der Stadt als Anteilseignerin. Damit werden Schlüsselkomponenten nachhaltiger Transformation weiterhin direkt durch die Stadt und nicht auf der nächsthöheren interkommunalen Ebene der *agglomération* verwaltet.

Der kommunale Landbau steht stellvertretend für die aktive Liegenschaftspolitik der Stadtverwaltung, deren erklärtes Ziel es ist, Formen der urbanen Landwirtschaft trotz Siedlungsdruck und Bodenspekulation zu erhalten und zu fördern. Durch eine kontrollierte Bodenpolitik werden urbane Ackerflächen und Naturräume erhalten und zusätzliche Flächen durch Umwidmungen der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt. Dabei spielt der Erwerb von Land durch die Kommune eine Schlüsselrolle. Mouans-Sartoux strebt darüber hinaus an, durch das Zurverfügungstellen von Wohnraum und andere Maßnahmen (wie finanzielle Bezuschussungen für nachhaltige Wasserkonzepte) weitere Landwirt:innen zum Zuzug auf die Gebietskörperschaft zu animieren. Ihre innovative Ernährungspolitik stellt die Kommune Mouans-Sartoux unter anderem vor die Herausforderung einer sozialgerechten Bodennutzung, da es aufgrund horrender Bodenpreise an preiswertem Wohnraum fehlt (selbst die Kosten für landwirtschaftliche Flächen belaufen sich in der Region auf bis zu 30.000 Euro/Hektar, im Vergleich zu 6.000 Euro/Hektar im nationalen Durchschnitt). Kann die Kommune dies nicht durch sozialen Wohnungsbau ausgleichen, was Mouans-Sartoux nur teils gelingt (12 Prozent sozialer Wohnungsbau, im Vergleich zur nationalen Vorgabe von 20 Prozent), werden soziale Ungleichheiten verstärkt. Mouans-Sartoux schafft durch kommunale Landnutzung arbeitsmarktpolitische Synergieeffekte, beispielsweise indem als Projekt der beruflichen Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen auf einer ein Hektar großen Parzelle Obst und Gemüse angebaut wird. Diese sollen sich durch von einem Verein begleitete tägliche Gartenarbeit wieder an eine Tagesstruktur mit einem Arbeitsrhythmus gewöhnen. Die Kommune stellte dafür 2003 zur landwirtschaftlichen Nutzung erworbenes Land zur Verfügung, als der Verein seine zuvor genutzten Anbauflächen zu verlieren drohte. Das Projekt wird federführend von dem beteiligten Verein in enger Zusammenarbeit mit der Stadt, dem Landkreis und der lokalen Arbeitsagentur umgesetzt.

Insgesamt zeichnet sich die Kommunalpolitik von Mouans-Sartoux durch eine aktive Einbindung der Stadtgesellschaft aus, welche die Perspektive der Bürger:innen frühzeitig zu berücksichtigen und so eine höhere Akzeptanz und Legitimität von Initiativen zu erreichen sucht. Die zivilgesellschaftliche Mitgestaltung beruht weniger auf klassischen Instrumenten der Bürger:innenbeteiligung als vielmehr auf einer engen Zusammenarbeit von örtlichen Vereinen und der Kommunalverwaltung sowie einer aktiven Gestaltung von Räumen für Begegnung und Austausch; beispielsweise organisiert die Stadt seit 1988 gemeinsam mit Ehrenamtlichen ein jährliches Buch-Festival, welches sich inzwischen längst auch Themen wie der Klimakatastrophe oder der sozial-ökologischen Transformation widmet. Um die Thematik Ernährung in eine breitere lokale Öffentlichkeit zu tragen und die Einwohner:innen für eine gesunde und umweltfreundliche Ernährung zu sensibilisieren, schuf die Stadtverwaltung von Mouans-Sartoux 2016 das „Haus der Bildung für nachhaltige Ernährung“ (*Maison d'Education à l'Alimentation Durable, MEAD*) als kommunalen Fachbereich. Städtische Projekte wie „Bürger:innen ernähren die Stadt“ (*Le citoyen nourrit la ville*) bieten Möglichkeiten zum Urban Gardening zur

Selbstversorgung oder stellen öffentliche Kompostbehälter bereit. So können Interessierte niedrigschwellig aktiv werden. Ein solidarischer Lebensmittelladen, in dem Lebensmittel zu 10 Prozent des Marktpreises an berechnete Kund:innen verkauft werden, sorgt dafür, dass sich Menschen mit wenig Geld biologische Lebensmittel leisten können. Die aktive Ernährungspolitik der Stadt inspiriert: Eine weiterführende Schule (*collège*) im Ort, in der Verantwortlichkeit überregionaler Verwaltungsstrukturen, hat inzwischen auf eine biologische Schulkantine umgestellt. Aufgrund der gestiegenen Nachfrage hat sich das Angebot des lokalen Einzelhandels verändert: 2016 eröffnete in Mouans-Sartoux beispielsweise der erste Unverpacktladen der Region.

Zuletzt engagiert sich Mouans-Sartoux mittels der MEAD in nationalen und internationalen Netzwerken, um für die Förderung einer lokalen Ernährungswende einzutreten und die Erfahrungen der Kommune an Praktiker:innen und andere Interessierte weiterzugeben. Die konsequente Verfolgung einer holistischen Strategie, die über die Jahre hin verfestigt und ausgebaut wurde und die Aspekte wie Teilhabe Ernährungsbildung und -gerechtigkeit aktiv verfolgt, hat sich durch eine lokale Ernährungswende ausgezahlt.

Das Beispiel Mouans-Sartoux zeigt auf, welche Handlungsspielräume Kommunen für eine lokale Ernährungswende tatsächlich haben und inspiriert viele weitere Kommunen in Frankreich und Deutschland. Doch trifft auch Mouans-Sartoux immer wieder auf strukturelle Herausforderungen wie z.B. in der Beschaffung regionaler und biologischer Lebensmittel, die nicht aus Eigenproduktion stammen, in der Akquise von bezahlbarem Land und in der Kooperation mit dem Umland und höheren Verwaltungsebenen. Diese Herausforderungen diskutieren wir unter Punkt 4.



© Stadt Mouans-Sartoux

Eine Zutat des Erfolgsrezeptes von Mouans-Sartoux: In der biologischen Schulkantine initiiert ein Team von Begleiter:innen in den Essenszeiten der Kinder Gespräche über die Gerichte und deren Zutaten.

2.2 Lokale Gelingensbedingungen für eine kommunale Ernährungswende

In Mouans-Sartoux wurde eindrucksvoll bewiesen, dass eine ganzheitliche Ernährungsstrategie tiefgreifende Veränderungen im lokalen Ernährungssystem und gleichzeitig im individuellen Konsumverhalten auslösen kann. Dieses Beispiel kann jedoch nicht eins-zu-eins auf andere Städte und Gemeinden übertragen werden. So sind lokale, geografische und politische Rahmenbedingungen sowie die Größe einer Kommune bestimmende Faktoren für die spezifische Ausgestaltung einer Strategie.

Die Versuchung bleibt, allgemeine Gelingensbedingungen für eine Ernährungswende zu erarbeiten, damit diese als Leitplanken für Praktiker:innen dienlich sein können. Tafft et al. identifizieren fünf Gelingensbedingungen für eine erfolgreiche kommunale Ernährungswende (2017, S. 53-74). Unser Ziel ist nicht, eine umfassende Übersicht der Gelingensbedingungen zu liefern, sondern auf der Basis der konkreten Erfahrungen der von uns beobachteten Kommunen einige zentrale Bedingungen anschaulich hervorzuheben.

Politischer Wille

Für eine erfolgreiche lokale Ernährungswende spielt selbstverständlich als Grundvoraussetzung der politische Gestaltungswille einer Kommune eine zentrale Rolle – von uns begleitete Kommunen mit Innovationskraft sind in der Regel diejenigen, die die Bedeutsamkeit des Themas nachhaltige Ernährung erkannt und selbstständig aktiv geworden sind. Es bedarf eines dezidierten politischen Willens, der die verschiedenen Wirkungsbereiche nachhaltiger Ernährungspolitik miteinander in einem ganzheitlichen Ansatz zu verknüpfen und auf eine Gesamtvision abzustimmen sucht, wie in Mouans-Sartoux (vgl. Punkt 3.1.) sichtbar wird. Eine Verengung auf einzelne Ressorts, wie beispielsweise Verbraucher:innenfragen oder Gesundheit, erlaubt hingegen nicht der Vielschichtigkeit des Themas gerecht zu werden. Dies betonen auch Tafft et al., die den politischen Willen für das Thema nur dann erkennen, wenn er auch mit einer regelrechten Transformation der städtischen Institutionen, dem politischen Regelwerk und der Allokation von Ressourcen einhergeht (2017, S. 55). Als Basis dafür ist es daher zentral, auch in größeren Städten den politischen Willen der politischen Führung zu kultivieren bzw. entsprechende Mehrheiten in den Stadtparlamenten zu akquirieren.

Eine Ernährungswende braucht Zeit

Veränderungsprozesse dauern und auch eine lokale Ernährungspolitik lässt sich nicht von heute auf morgen umsetzen, sondern bedarf Zeit und Geduld. In Mouans-Sartoux wurden die notwendigen Etappen der kommunalen Ernährungstransition (Landerwerb, Machbarkeitsstudie, Bio-Zertifizierung der Anbauflächen, Testphase, Einstellung der kommunalen Landwirt:innen) in rasanter Geschwindigkeit vorangetrieben, dennoch vergingen laut offiziellen Angaben der Kommune ganze 13 Jahre zwischen Idee (1999) und vollständiger Umsetzung (2012) der biologischen Schulkantine. Die EU gibt Zeiten und Fristen zur Umstellung von Anbauflächen vor: bis Erzeugnisse als Bio-Produkte gekennzeichnet und vermarktet werden dürfen, muss eine Acker- oder Grünlandfläche eine mindestens zweijährige Umstellungszeit durchlaufen.

Kooperation mit dem Umland

Der Einfluss kommunaler Akteur:innen auf lokale und regionale Ernährungssysteme ist bisher noch rudimentär und ist meist auf einen räumlich begrenzten Wirkungskreis beschränkt. Eine Regionalisierung von Nahrungssystemen kann jedoch einen großen Einfluss auf die Nachhaltigkeit von Ressourcennutzung haben – so z.B. bei der Vermeidung von Lebensmittelabfällen (Wunder, 2019, S. 21). In der Prozesssteuerung einer lokalen Ernährungswende ist daher die Einbindung des Umlands von

Vorteil. Oft steigert sich die Wirkkraft, wenn Kommunen sowohl mit benachbarten Kommunen kollaborieren und übergeordnete Ebenen in die angestrebte Regionalisierung von Produktion und Konsum miteinbeziehen. Loos-en-Gohelle ist ein Beispiel für erfolgreiche interkommunale Kooperation. Ehemals Hochburg der Kohleförderung in Nordfrankreich, ist die Kleinstadt heute als ökologische Modellkommune bekannt. Im Rahmen ihres Projekts „VITAL“ (*Ville, transition et alimentation locale; Stadt, Wandel und lokale Ernährung*) werden Anbauflächen für ökologischen Gemüseanbau geschaffen. Dafür werden in Abstimmung mit benachbarten Kommunen via die übergeordnete interkommunale Ebene geeignete Flächen im Umland erworben. Gerade urban geprägte Kommunen mit begrenzten Anbaumöglichkeiten im Stadtgebiet können nur selten allein eine kommunale Ernährungswende gestalten. So ist zum Beispiel Kölns Ernährungsstrategie explizit für „Köln und Umgebung“ konzipiert und zielt in praktisch all ihren Handlungsfeldern auf eine Kooperation in der Region ab, angefangen von der „Stärkung regionaler, kreislauforientierter, nachhaltiger Landwirtschaft“ bis hin zu „regionale, ökologische Angebote in Kantinen“ (Dürscheid et al., 2019). Dabei gibt es keine Standardlösung, wie eine lokale Ernährungswende effektiv vorangetrieben werden kann: Vielmehr ist die individuelle Konstellation entscheidend dafür, welche Wirkungsebene (kommunal oder interkommunal) am erfolgversprechendsten ist.

Kooperation mit nicht-staatlichen Akteur:innen

Eine kollaborative Zusammenarbeit mit nicht-kommunalen Akteur:innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft kann die Ausgestaltung einer lokalen Ernährungswende erheblich beschleunigen. Die Idee, dass Multi-Akteurs-Partnerschaften bzw. eine kollaborative Governance nachhaltige Entwicklung voranbringen können bzw. wichtige Voraussetzung sind, ist allgemein anerkannt (Tefft et al., 2017; Innes & Booher, 2010). Ernährungsräte beispielsweise können ein erfolgsversprechendes Modell der Kooperation zwischen Kommune und Zivilgesellschaft sein (siehe im Detail unter Punkt 3.1.). Allerdings bleibt die Ausgestaltung solcher Partnerschaften eine große Herausforderung, beispielsweise wenn sich „unterschiedliche Funktionslogiken“ der beteiligten Gruppen schwer überbrücken lassen oder Machtgefälle eine de facto Kollaboration auf Augenhöhe ausschließen. Partnerschaften können z.B. nur gelingen, wenn sich die Beteiligten nicht gegenseitig als Konkurrenz wahrnehmen (vgl. Medina-García, 2022). Wirtschaftlichkeit und Existenzsicherung der eigenen Betriebe stehen für viele wirtschaftliche Akteur:innen, beispielsweise Unternehmen aus Landwirtschaft, Lebensmittelhandwerk und Gastronomie, im Vordergrund und sie widmen sich dem für sie zweitrangigen Thema Nachhaltigkeit erst dann, wenn es sich als rentabel erweist (vgl. Schanz et al., 2020). Das Beispiel des Projektes „Setup Food Strip“ aus Köln zeigt, dass oftmals der Wille zur Kooperation der verschiedenen Akteur:innen entlang der Wertschöpfungskette im Agrar- und Ernährungsbereich besteht, sie jedoch keine Gelegenheit zur Kommunikation haben. Eine „Ideenbörse“ für das vom Ernährungsrat Köln in Zusammenarbeit mit der RWTH Aachen und der Fachhochschule Südwestfalen 2020 initiierte Projekt zeigte: viele der Teilnehmenden, so z.B. ein Nahrungsmittelproduzent, ein Zulieferungsbetrieb und eine Abnehmerin, hatten noch nie miteinander direkt gesprochen. Setup Food Strip hat zum Ziel, regionale Wertschöpfungsketten im Rheinischen Revier aufzubauen, den Strukturwandel zu begleiten und neue Geschäftsmodelle in der Ernährungswirtschaft zu entwickeln.¹⁰ Das Projekt zeigt auch den Wert einer anderen Art der Kooperation: zwischen Zivilgesellschaft und/oder Kommunen und Universitäten. Letztere können zu Innovation, Lernmöglichkeiten und Fortschrittsmessung beitragen. Mouans-Sartoux etwa profitiert von der Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hochschule *Université Côte d'Azur* in Nizza, die einen weiterbildenden Studiengang entwickelt hat, der sich sowohl an Praktiker:innen aus Kommunen als auch an Bachelorabsolvent:innen richtet und weitgehend auf den Erfahrungen von Mouans-Sartoux basiert.

¹⁰ Für weitere Informationen zum Projekt „Setup Food Strip“: <http://www.foodstrip.eu/>.

Ernährung und soziale Gerechtigkeit zusammendenken

Biologische Lebensmittel werden aufgrund ihrer Preise primär von Gutverdienenden konsumiert. Eine Ernährungswende kann jedoch nur dann nachhaltig sein, wenn sie zugleich ökologisch und gerecht ist. Das französische Bürger:innenkonvent unterstrich in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, einen gerechten Zugang zu gesundem Essen für alle zu schaffen. Doch werden die Wechselwirkungen von Natur und Mensch bzw. Umwelt und Soziales in konkreten Praktiken oft unzureichend berücksichtigt (vgl. Brandl & Zielinska, 2020). Kommunen und andere staatliche Stellen spielen hier eine wichtige Rolle in der Verbindung von „bio“ und sozialer Gerechtigkeit. Mit ihrem Fokus auf Verteilungsgerechtigkeit nehmen die Projekte der Kommune Mouans-Sartoux, die sich in einer (gesundheitlichen wie sozialen) Fürsorgepflicht gegenüber ihren Bürger:innen sieht, eine Vorreiterrolle ein. Die Gemeinde fördert den Zugang zu biologischen und regionalen Lebensmitteln für Menschen mit wenig Geld. Die Schulverpflegung ist zwar nicht kostenlos, wie in einigen skandinavischen Ländern, aber nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt (zwischen ca. 2 bis 6,60 Euro pro Mahlzeit, im Durchschnitt ca. 3 Euro), während die Kommune die Restsumme der realen Kosten (8,40 Euro) aufstockt. Außerdem betreibt Mouans-Sartoux seit 2016 eine sog. *Epicerie Sociale et Solidaire*, einen Lebensmittelladen in städtischer Hand, der Ähnlichkeiten mit dem Tafelkonzept aufweist und subventionierte Produkte zu ca. 10 Prozent des handelsüblichen Preises an benachteiligte Gruppen abgibt. Der Laden bietet seit einem Jahr auch ökologische Lebensmittel an, die dank der Partnerschaft mit einem ansässigen Bio-Supermarkt in das Angebot aufgenommen werden konnten. Mouans-Sartoux zeigt, dass eine Ernährungswende nicht nur der Mittelschicht zugutekommen muss.

3 Entwicklung lokaler und nachhaltiger Ernährungssysteme priorisieren – fünf Aktionsvorschläge

Kommunen wie z.B. Mouans-Sartoux und Köln haben das Potenzial nachhaltig gestalteter, lokaler Ernährungssysteme als Hebel für eine sozial-ökologische Transformation erkannt und entwickeln vorausschauende Strategien für eine lokale Ernährungswende. Doch die lokale Praxis zeigt auch, dass es für eine Etablierung nachhaltiger lokaler Ernährungssysteme neben einer Bewegung der Städte von unten, also „bottom up“, bessere nationale Rahmenbedingungen braucht, um lokale Ernährungswenden zu beschleunigen. Wie genau diese ausgestaltet sein sollten, diskutierten kommunale Vertreter:innen und Expert:innen im Zukunftswerk-Resonanzraum basierend auf den Erfahrungen und Reflexionen über förderliche und hinderliche Faktoren aus der Praxis. Die vielfältige und intensive Diskussion drehte sich unter anderem um diese Fragen: Sollte es im Europarecht eine Ausnahmeregelung vom Grundsatz des fairen Wettbewerbs für den Bereich Ernährung geben, beispielsweise um biologisch produzierten Lebensmitteln einen Wettbewerbsvorteil einzuräumen? Wie können kleine Landwirtschaftsbetriebe unterstützt werden, die innovative und nachhaltige Anbautechniken ausprobieren möchten? Wie kann das kommunale Vorverkaufsrecht gestärkt werden, um Städten und Gemeinden den Erwerb von Flächen für Ökolandbau zu erleichtern? Wie können Angebot und Nachfrage durch Vernetzungsstellen besser in Einklang gebracht werden? Und wie können Ausbildungsberufe in der Gemeinschaftsverpflegung attraktiver gestaltet werden, um den derzeitigen Fachkräftemangel zu mildern?

Die Diskussion mündete in der Ausarbeitung eines Plädoyers an nationale Regierungen zur Priorisierung der Entwicklung lokaler und nachhaltiger Ernährungssysteme sowie von fünf sicherlich nicht exklusiven Aktionsvorschlägen, die einerseits als ganz konkrete Handlungsempfehlungen für die nationale Politik und andererseits auch als Ausgangspunkt für weitere Diskussionen gelesen werden können.¹¹ Im Folgenden erläutern wir die Hinter- und Beweggründe für jeden der Aktionsvorschläge, sowie die lokalen Erfahrungen auf denen sie aufbauen.

3.1 Standortangepasste Strategien für nachhaltige Ernährung finanzieren und begleiten

Aktionsvorschlag: *Die nationalen Regierungen sollten die Entwicklung und Umsetzung standortangepasster Strategien für nachhaltige Ernährung finanzieren und begleiten, die darauf abzielen, regionale Ernährungssysteme zu stärken und die mit dem Kampf gegen die globale Erwärmung und dem Schutz der Artenvielfalt vereinbar sind. Konkret könnten die*

¹¹ Für weitere Informationen zu den Handlungsempfehlungen: <https://df-zukunftswerk.eu/handlungsempfehlungen>.

nationalen Regierungen unter anderem Stellen für Beauftragte für nachhaltige Ernährung finanziell fördern. Diese Beauftragten für nachhaltige Ernährung könnten entweder in der kommunalen Verwaltung oder in lokalen Initiativen der Zivilgesellschaft angesiedelt sein.

Standortangepasste Strategien für nachhaltige Ernährung setzen auf eine nachhaltige Lebensmittelversorgung der Städte und Gemeinden. Sie behalten die lokalen Umweltauswirkungen von landwirtschaftlichen Aktivitäten im Blick, zielen darauf ab, die lokale Biodiversität zu schützen und beruhen in der Regel auf ökologischen, regenerativen Formen der Landwirtschaft sowie der weitestgehenden Reduktion von Importen.

Um lokale Ernährungssysteme standortangepasst und somit auch nachhaltig zu gestalten, spielt die Prozessgestaltung (*Governance*) der kommunalen Ernährungspolitik eine entscheidende Rolle. In dieser Hinsicht ergeben sich für ernährungspolitische Instrumente Herausforderungen auf zwei Ebenen: Innerhalb der Verwaltung müssen die Steuerung, die Kommunikation und die Kollaboration für eine lokale Ernährungswende über verschiedene Fachbereiche mit oftmals kleinteiligen Zuständigkeiten hinweg funktionieren. Da sich die Ernährungsgovernance in der Mehrheit der Kommunen weltweit zumeist noch sehr fragmentiert zeigt (Baldy, 2019; Sieveking, 2019), bedarf es hier einer regelrechten institutionellen Transformation (Tefft et al., 2017). Zudem müssen kollaborative Formen der Zusammenarbeit (kollaborative Governance) auch über externe Schnittstellen hinweg, beispielsweise mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und der lokalen (Land)Wirtschaft sowie benachbarten Gebietskörperschaften oder Stellen auf Landkreis-, Bezirks- oder Landesebene, wie Gesundheits- oder Schulämter, etabliert werden (vgl. Tefft et al., 2017).

Wie oben bereits ausführlicher besprochen ging das Engagement für nachhaltige Ernährung in Mouans-Sartoux von der Lokalregierung aus, zunächst mit einem starken Fokus auf die Realisierung einer kommunalen Direkterzeugung. Die Strategie der Kommune berücksichtigte dabei stets Teilhabe von Bürger:innen. Durch die Gründung der städtischen Einrichtung für Ernährungsbildung MEAD rückte nach und nach die Ernährungsbildung in den Vordergrund. Als Kleinstadt mit einer überschaubaren Verwaltungsstruktur ist Mouans-Sartoux bisher mit dieser zentral gesteuerten Strategie sehr erfolgreich. Dies muss jedoch nicht für alle und insbesondere nicht für größere Kommunen gelten. Die Recherchen des Zukunftswerks haben ergeben, dass es oftmals an einer zentralen Vernetzungsstelle fehlt, die eingefahrene Abläufe aufbricht, transversal in verschiedene Fachbereiche hineinwirken und mit einer Stimme mit externen Akteur:innen kommunizieren kann. Klar definierte Verantwortlichkeiten zwischen Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft sind dabei zentral sowie eine Koordinierungsinstanz, die in einer „Kümmerfunktion“ den Dialog zwischen den Beteiligten gestaltet. Auch das Institut NAHhaft¹² fordert, dass Ernährung als sektorübergreifendes Thema in Verwaltungen etabliert werden müsse. Dabei gibt es einen enormen Spielraum, wie lokale Ernährungsstrategien in der Praxis gestaltet werden können: beispielsweise durch die Schaffung städtischer Ernährungsämter oder durch die Einführung interdepartementaler Arbeitsgruppen bzw. Ernährungskoordinator:innen.

Ein anderes Modell können Ernährungsräte sein, die z.B. die Städte Berlin, Köln und Marburg nach dem angelsächsischen Modell der *local food councils* (Morgan, 2015) eingerichtet haben. Diese könnten auch als eine denkbare Umsetzungsform der *Stellen für Beauftragte für nachhaltige Ernährung* fungieren. Ernährungsräte fußen meist auf einem starken zivilgesellschaftlichen Engagement. Sie

¹² Vgl. „Institutionelle Klimaanpassungskapazität von urbanen Ernährungssystemen in Deutschland und der Schweiz. Ein Policy-Brief auf Basis einer vergleichenden Fallstudie“ (Interlici, 2021).

können zu „Knotenpunkten für die Vernetzung von Landwirt*innen, Verarbeitungsgewerbe, Außer-Haus-Versorgung, Verbraucher*innen und Lokalpolitik (werden), um regionale Wertschöpfungsketten aufzubauen, Kooperationen zu initiieren und sog. Ernährungssouveränität zu stärken“ (Hanke et al., 2022, S. 7). Sie verhandeln die Belange von Bürger:innen und Kommunen, geben als zivilgesellschaftliches Gremium Impulse in die Verwaltung hinein und stärken als institutionalisierte Plattformen langfristig die Strukturen einer regional ausgerichteten und nachhaltigen Lebensmittelversorgung. Durch ihr Potenzial, Menschen in Ernährungsfragen zu befähigen (*empowerment*), können sie dazu beitragen, eine Demokratisierung der Ernährungssysteme voranzutreiben (Bornemann & Weiland, 2019).

In Deutschland gelten die 2016 gegründeten Ernährungsräte in Köln und Berlin als Pioniere. Der Ernährungsrat der Stadt Köln sieht sich als Schnittstelle zwischen der Verwaltung und den Bürger:innen. In seiner Organisationsform ist er ein von Stadt und Zivilgesellschaft gemeinsam getragenes und gestaltetes Gremium, das von der Kommune institutionelle Förderungen erhält. Der Ernährungsrat formuliert in Zusammenarbeit mit der Kommunalverwaltung und auf Grundlage seines Strategiepapiers zur kommunalen Ernährungswende Beschlussvorlagen für den Oberbürgermeister. So übersetzt das Gremium (zivil-)gesellschaftliche Visionen in politische oder administrative Sprache. Dabei bringen die Ausschüsse für urbane Landwirtschaft, Regionalvermarktung, Gemeinschaftsverpflegung oder Ernährungsbildung Akteur:innen aus unterschiedlichen Sektoren wie Landwirtschaft oder Gastronomie mit der Zivilgesellschaft sowie der Kommune selbst zusammen. In konkreten Modellprojekten, die städtische Akteur:innen bei Erfolg flächendeckend reproduzieren könnten, werden Interessen und Handlungsspielräume ausgehandelt. So können „kleine Lösungen in der Summe groß werden“, wie eine Vertreterin des Kölner Ernährungsrates eindrücklich formulierte. Die Gremienarbeit schafft Raum für Austausch, aber auch für die Entwicklung neuer Ideen, die Wertschöpfungsketten regionalisieren können. Dem Ernährungsrat kommt also eine wichtige Vernetzungs- und Übersetzungsfunktion zu. Die Projektarbeit des Ernährungsrates wird durch einen Beirat begleitet, in dem neben der Verwaltungsebene auch politische Parteien vertreten sind. Eine Vertreterin des Ernährungsrates hält dieses Modell der Ko-Produktion mit der Stadt gegenüber rein zivilgesellschaftlichen Initiativen für nachhaltiger: Eine Ausarbeitung und Umsetzung von Projekten gemeinsam mit der Stadt dauere zwar länger, entfalte aber langfristig eine größere Wirksamkeit. Die enge Anbindung des Kölner Ernährungsrates an die kommunale Verwaltung wird auch durch die Finanzierung durch die Stadt deutlich, welche ein zwar kleines, aber hauptamtliches Koordinierungsteam erlaubt, um die Arbeit auf eine professionelle Grundlage zu stellen.

Im Gegensatz zum Kölner Modell konnten sich die Ernährungsräte in Berlin und Marburg bisher noch nicht finanziell verstetigen und arbeiten vor allem ehrenamtlich. Ebenso haben sie keine institutionalisierte Kooperation mit der Verwaltung. Dies lässt Raum für Dialog oder Aushandlungsprozesse missen und ist der lokalen Ernährungswende nicht zuträglich. Unsere Feldbesuche und Interviews mit Vertreter:innen der Ernährungsräte in Köln, Berlin und Marburg zeigen strukturelle Bedingungen für ein erfolgreiches Mitgestalten kommunaler Ernährungspolitik durch lokale Ernährungsräte auf: (i) ein gewisser Grad an institutionalisierter Förderung (und damit hauptamtlicher Stellen zur Sicherung der Personaldecke), (ii) die Schaffung eines (physischen) Raumes für Austausch und Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Akteur:innen, (iii) Mitgestaltung des Ernährungsrates durch die Lokalverwaltung sowie (iv) eine strategische Ausrichtung der Zusammenarbeit auf eine Langzeitvision. Durch Förderprogramme und Unterstützungsmechanismen könnten nationale Regierungen hier wichtige Grundbausteine für eine lokale Ernährungswende legen.

Auch in Frankreich schließen sich vermehrt Initiativen zu lokalen Ernährungsräten zusammen. Den Beginn machte die Stadt Lyon, wo sich der Lyoner Rat für Nachhaltige Ernährung (*Conseil Lyonnais d'Alimentation Durable, CLAD*) 2015 im Rahmen des EU-Projektes URBACT II gründete, das Städte zu Nachhaltigkeitsfragen vernetzt. Der CLAD sieht sich als politisches Gremium, das den Aktionsplan für nachhaltige Ernährung der Stadt monitort. Den Vorsitz hat die stellvertretende Bürgermeisterin.

Die Erfahrung vor Ort zeigt also: Koordinierungsstellen, in Form von Beauftragten für nachhaltige Ernährung innerhalb von Kommunalverwaltungen und/oder getragen von lokalen (zivilgesellschaftlichen) Initiativen, fördern eine lokale Ernährungswende, vor allem wenn sie durch institutionalisierte Finanzierungsmodelle unterlegt sind. Die nationalen Regierungen könnten hier wichtige Anschubs- und Unterstützungsarbeit leisten, einmal durch Finanzierungsmodelle für Beauftragte für nachhaltige Ernährung (ähnlich der kommunalen Klimaschutzmanager:innen), aber auch durch Vernetzung. So unterstützt in Frankreich das Landwirtschaftsministerium Gebietskörperschaften bei der Formulierung eines sog. territorialen Ernährungsprojektes (Projet alimentaire territorial, PAT) durch finanzielle Förderungen und eine Zertifizierung. Ein PAT bringt verschiedene Akteur:innen eines Gebiets zum Thema nachhaltige Ernährung an einen Tisch und formuliert eine gemeinsame Ernährungsstrategie.¹³ Die derzeit (Juni 2022) 370 anerkannten PAT sind über ein Lernnetzwerk in Kontakt.

Weitere Beispiele für Vernetzung gibt es bereits in England, wo 2011 das „sustainable food cities network“ ins Leben gerufen wurde.¹⁴ Ein Schritt in die richtige Richtung in Deutschland ist z.B. die Förderung des „Netzwerks der Ernährungsräte“ seitens des UBA.¹⁵ Ebenso die Förderung des Bundesprogramms Ökologischer Landbau des bundesweiten Netzwerks der „Bio-Städte“.¹⁶ Die verstärkte Unterstützung solcher Netzwerke könnten durch Austausch und Begleitung bei der Entwicklung ihrer Ernährungsstrategien eine enorme Hilfe für Kommunen sein.¹⁷

3.2 Stärkung der Gemeinschaftsverpflegung durch eine Reform des (EU-)Vergaberechts

Aktionsvorschlag: Die nationalen Regierungen sollten sich für eine Reform des europäischen Vergaberechts einsetzen, welche die Beschaffung von Lebensmitteln und Verpflegungsleistungen deutlich flexibilisiert. Dafür sollten die nationalen Regierungen insbesondere eine Änderung der Richtlinie 2014/24/EU¹ vorschlagen und vor der Europäischen Kommission folgende Reformvorschläge verteidigen:

- Es sollte eine Ausnahmeregelung für die Beschaffung von Lebensmitteln und Verpflegungsleistungen eingeführt werden, die es ermöglicht, diese lokal und regional zu beschaffen.
- Der direkte Einkauf bei lokalen Produzenten sollte bei der Beschaffung von Lebensmitteln und Verpflegungsleistungen für einzelne Lose in Höhe bis zu 50 % des Gesamtauftragswertes gestattet sein.
- Der Verweis auf ein oder mehrere lokale Produktionsgebiete sollte bei der Beschaffung von Lebensmitteln und Verpflegungsleistungen in der Leistungsbeschreibung oder als Wertungskriterium zulässig sein.

¹³ Siehe <https://agriculture.gouv.fr/projets-alimentaires-territoriaux-les-initiatives-se-multiplient>.

¹⁴ Siehe https://www.sustainweb.org/news/oc11_sustainable_food_cities_network_launched/.

¹⁵ Siehe <https://www.ernaehrungsrat-koeln.de/projekte/>.

¹⁶ Siehe <https://www.biostaedte.de/>. Allerdings gehören dem Netzwerk bisher nur 20 Städte an.

¹⁷ Siehe https://www.sustainweb.org/news/oc11_sustainable_food_cities_network_launched/; Siehe auch Aktionsvorschlag 3 der Handlungsempfehlung 3 des Deutsch Französischen Zukunftswerks, welcher die Unterstützung kommunaler Netzwerke in Deutschland und Frankreich empfiehlt, Punkt 4.3.

¹ Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG.

Eine nachhaltige, qualitativ hochwertige und gesunde Gemeinschaftsverpflegung gilt allgemein als Motor für die biologische Landwirtschaft (siehe u.a. Endbericht des Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL) zur Situation in Österreich, Gusenbauer et al., 2018): Aufgrund der regelmäßigen Abnahme größerer Mengen an Lebensmitteln kann die Außer-Haus-Verpflegung in Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäusern oder Pflegeheimen Hebelwirkung entfalten, da sie die Nachfrage nach biologischen, saisonal und regional produzierten Lebensmitteln sichert und so die Attraktivität eines sonst mit Unsicherheiten behafteten Produktionsmodells für Landwirt:innen steigert. Die Gemeinschaftsverpflegung zeigt zudem exemplarisch (infra-)strukturelle Fragen der Beschaffung biologisch-regionaler Lebensmittel auf (vgl. FAO, 2021).

Soll die Gemeinschaftsverpflegung als „wirksamer Systemhebel“ fungieren, ist ein „systemischer Ansatz notwendig“, der sie im Gesamtzusammenhang mit Politik, Infrastruktur und Ernährungsbildung beleuchtet (Quack & Teufel, 2020). Daher müssen der Ausbau der kommunal organisierten Gemeinschaftsverpflegung und die angestrebte Reform des Vergaberechts Hand in Hand gehen: Denn die Küchen oder Kantinen der Gemeinschaftsgastronomie sind in der Regel Hauptabnehmerinnen der durch die kommunale Hand beschafften Lebensmittel. Die überwiegende Mehrheit der Kommunen ist für die Versorgung ihrer öffentlichen Gemeinschaftseinrichtungen auf den Einkauf von Nahrungsmitteln angewiesen – selbst die Vorreiter-Kommune Mouans-Sartoux, die über 80 Prozent der benötigten Lebensmittel in Eigenregie auf kommunalen Flächen anbaut, kommt um das Vergaberecht mit seinem komplexen Regelwerk nicht umhin, um einzelne Lebensmittelgruppen (v.a. tierische Lebensmittel) zuzukaufen. Expert:innen fordern immer wieder die Reform des Vergaberechts, welches die Spielregeln des öffentlichen Auftragswesens auch für den Einkauf von Lebensmitteln festlegt (Quack & Teufel, 2020; Haack, 2017). Auch der nationalen Politik sind die Hürden der Vergabeverfahren bewusst: Ein solcher Vorschlag wurde am 08.07.2020 von der französischen Assemblée Nationale verabschiedet und auch der Deutsche Bundestag befasste sich in einer Ausarbeitung mit dem Thema (vgl. „*Bio-Regionalität*“ in der *Gemeinschaftsverpflegung. Verankerung im Vergabeverfahren*, Ausarbeitung des Deutschen Bundestags, 2021).

An dieser Stelle ist zu betonen, dass zur Förderung der Gemeinschaftsverpflegung der Ausgestaltung des jeweiligen nationalen Rechtsrahmens eine Schlüsselrolle zukommt und dass Frankreich und Deutschland hier unterschiedlich weit sind: In Frankreich legt das 2018 verabschiedete Gesetz über Landwirtschaft und Ernährung (*Loi EGAlim*) fest, dass ab 2022 mindestens 50 Prozent der Gemeinschaftsverpflegung aus nachhaltiger Produktion stammen oder Produkte mit Herkunfts- und Qualitätskennzeichnung sein sollen, davon mindestens 20 Prozent zertifizierte Bioprodukte. Das Vorgängergesetz (*Loi Grenelle*) von 2009 schrieb für das Jahr 2012 einen Richtwert von 20 Prozent Bio-Lebensmitteln in Schulkantinen vor, der allerdings kaum Anwendung in der Praxis fand. Dass Mouans-Sartoux bereits im Jahr 2009 die vorgegebenen Schwellenwerte in der Schulverpflegung mit einem Bio-Anteil von 23 Prozent überschritten hatte, ist zwar als Ausnahme zu werten, beweist aber, dass gesetzliche Rahmenbedingungen einen Impuls für die vollständige Umstellung auf biologische Lebensmittel in der Versorgung öffentlicher Kantinen bis hin zur ambitionierten lokalen Ernährungswende geben können – ganz nach dem Motto: „Wenn Bio gesund ist, dann doch lieber gleich 100 Prozent statt 20 Prozent“. Anders als in Frankreich besteht in Deutschland auf nationaler Ebene bislang keinerlei Regelung im Sinne eines nationalen Aktionsplans im Ernährungsbereich; lediglich auf Landesebene gibt es vereinzelt verbindliche Vorgaben. Berlin legt beispielsweise einen rechtlich bindenden Pflichtanteil von 15 Prozent biologisch produzierter Lebensmittel in der Schulspeisung fest, festgeschrieben im Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG); bis 2030 soll er auf 30 Prozent angehoben

werden – in den Grundschulen sollen bereits seit 2021 50 Prozent der Lebensmittel aus biologischer Produktion stammen. Auf nationaler Ebene sieht einzig eine Regelung für den Bereich Kantinen und Gemeinschaftsverpflegung des Bundes (von 08/2021) einen Anteil von Bio-Lebensmitteln von 20 Prozent bis 2025 vor.

Selbst wenn die Hebelwirkung der Gesetzeslage im Bereich Bio-Kantinenverpflegung insofern begrenzt ist, als dass sie der Realquote an verarbeiteten Bio-Lebensmitteln im Vergleich zur Praxis oftmals hinterherläuft, ist festzuhalten, dass die nationale Ebene eine nachhaltige Gemeinschaftsverpflegung durch verschiedene Instrumente unterstützen kann. Sie könnte beispielsweise einen Aktionsplan mit klaren Leitlinien, Standards und verbindlichen Quoten für biologische und regionale Nahrungsmittel formulieren oder Labels als Qualitätssiegel definieren.

Was sind nun aber die Barrieren, auf die Kommunen im Hinblick auf eine Beschaffung von Lebensmitteln für eine nachhaltige öffentliche Verpflegung stoßen?¹⁸ Die Antwort ist so kurz wie einleuchtend: Das öffentliche Antragswesen ist die Krux. Für die Beschaffung von Lebensmitteln für öffentliche Einrichtungen sind verschiedene vergaberechtliche Vorgaben zu beachten, welche Wettbewerb, Transparenz, Wirtschaftlichkeit und Nichtdiskriminierung EU-weit sicherstellen sollen. Doch die derzeitigen EU-Rahmenbedingungen des Vergaberechts sind für Kommunen, die sich für eine Ernährungswende engagieren, nicht immer dienlich. Zwar besteht seit der Reform des europäischen Vergaberechts 2004 die Möglichkeit, auch soziale und umweltbezogene Kriterien in öffentlichen Ausschreibungen zu berücksichtigen, anstatt das kostengünstigste Angebot wählen zu müssen. Allerdings zeigt die Praxis, dass der vergaberechtliche Spielraum, umweltorientierte und soziale Kriterien berücksichtigen zu können, kaum umgesetzt oder sehr unterschiedlich genutzt wird (Haack, 2017). Schwachstellen im Vergaberecht führen somit zu Herausforderungen für die Beschaffung regionaler und ökologischer Lebensmittel. Die Richtlinie 2014/24/EU über die öffentliche Auftragsvergabe verbietet u. a. eine Bevorzugung lokaler Bewerber:innen bei öffentlichen Aufträgen.

Dazu heißt es wörtlich:

Soweit es nicht durch den Auftragsgegenstand gerechtfertigt ist, darf in technischen Spezifikationen nicht auf eine bestimmte Herstellung oder Herkunft oder ein besonderes Verfahren, das die von einem bestimmten Wirtschaftsteilnehmer bereitgestellten Waren oder Dienstleistungen charakterisiert, oder auf Marken, Patente, Typen, einen bestimmten Ursprung oder eine bestimmte Produktion verwiesen werden, wenn dadurch bestimmte Unternehmen oder bestimmte Waren begünstigt oder ausgeschlossen werden. Solche Verweise sind jedoch ausnahmsweise zulässig, wenn der Auftragsgegenstand nach Absatz 3 nicht hinreichend genau und allgemein verständlich beschrieben werden kann. Solche Verweise sind mit dem Zusatz „oder gleichwertig“ zu versehen (*Richtlinie 2014/24/EU, Art. 42 „Technische Spezifikationen“, Absatz 4*).

Wo die Schwierigkeit dieser Herkunftsklausel liegt, zeigt u. a. Österreich, wo ein landesweiter Aktionsplan für eine nachhaltige Lebensmittelbeschaffung im öffentlichen Sektor vorsieht, 100 Prozent regionale und saisonale Lebensmittel zu verwenden sowie bis 2030 die Quote von Bio-Produkten auf 55 Prozent zu steigern. Dabei wird der „ausnahmsweise zulässig[e]“ Interpretationsrahmen *auf österreichische (oder gleichwertige) Produktionsstandards* fokussiert. Hier wird also versucht, eine nachhaltigere Lebensmittelbeschaffung durch Beschaffungskriterien zu fördern, die zwar unklar definiert sind, jedoch zugleich als verpflichtende Leitlinien für alle Bundeseinrichtungen eine regionale Beschaffung forcieren. Das österreichische Beispiel zeigt: Um mehr Regionalität in der Lebensmittelbeschaffung der Gemeinschaftsverpflegung zu erreichen, bedarf es derzeit Umgehungsstrategien über

¹⁸ Auch wenn Kommunen, mit Ausnahme der Stadtstaaten, diese Verantwortung meist den Schulen überlassen, ist die Beschaffung von Lebensmitteln für öffentliche Einrichtungen eine kommunale Kompetenz.

sogenannte qualitätssichernde Ausschreibungskriterien, da geographische Herkunftskriterien (von Lebensmitteln) nach geltendem EU-Recht momentan nicht erlaubt sind.

Um derartige Umgehungsstrategien einzuschränken, sollte das EU-Vergaberecht angepasst werden, um den Kriterien und Bedürfnissen für eine nachhaltige und lokale Lebensmittelversorgung Rechnung zu tragen. Besonderer Handlungsbedarf besteht in Hinblick auf eine vergaberechtlich zulässige Möglichkeit für „Regionalität“ und die Teilung großer Aufträge in kleinere Lose. Diese vorgeschlagenen Maßnahmen können damit gleichzeitig die Förderung von regionalen und ökologischen Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung bewirken, welche sich in der lokalen Praxis als wirksam erwiesen hat, um eine lokale Ernährungswende voranzutreiben.

3.3 Förderung des Dialogs zwischen lokalen Produzent:innen und Käufer:innen

Aktionsvorschlag: *Die nationalen Regierungen und die Bundesländer sollten den Dialog zwischen Käufern und lokalen Produzenten auf nationaler und regionaler Ebene fördern. Insbesondere sollten lokale öffentliche und zivilgesellschaftliche Akteure finanziell und organisatorisch dabei unterstützt werden, solche Vernetzungsplattformen aufzubauen oder ihre Nutzung zu erhöhen, die die Beteiligten der regionalen Produktionskette (Akteure der Urproduktion wie Saatgutunternehmen, Landwirt:innen, Hersteller verarbeiteter Güter, Händler:innen, Einkäufer:innen der Außer-Haus-Verpflegung) zusammenbringen.*

Um Ernährungssysteme nachhaltig zu gestalten, bedarf es neben einem Neudenken der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung eines Angebotes von nachhaltigen, bezahlbaren Lebensmitteln für den Groß- und den Einzelhandel. Dafür müssen Wertschöpfungsketten nachhaltig umgestaltet und regionalisiert werden (vgl. Hanke, 2022). Allerdings zeigen die Erfahrungen vor Ort: Bisher sind Angebot und Nachfrage nur bedingt in Einklang. Unsere Expert:innen diskutierten unter anderem, wie regionale Absatzmärkte für den Vertrieb lokal und nachhaltig produzierter Waren gestärkt werden könnten, ob sich Instrumente wie Erzeuger:innen-Verbraucher:innen-Gemeinschaften als Vernetzungsstellen oder zentrale Einkaufsorganisationen dafür eignen und wie deren Ausbau gefördert werden könnte.

Um Zusammenführung, Lagerung, Verarbeitung und Vertrieb von regionalen und vorrangig nachhaltig erzeugten Lebensmitteln zu erleichtern und somit gerade kleinere Produzent:innen zu unterstützen, haben sich in den USA seit den 2000er Jahren erfolgreich zentrale Einrichtungen mit einer betriebswirtschaftlichen Struktur etabliert, sogenannte „Food Hubs“.¹⁹ In Frankreich sehen „Regionalpläne für eine lokale, nachhaltige und solidarische Ernährung“, die einige Regionen wie beispielsweise Île-de-France verabschiedet haben, beispielsweise einen „Market Place“ für Produkte aus der Region vor, der als Vernetzungsstelle von der regionalen Landwirtschaftskammer getragen wird.²⁰ In Deutschland gibt es in einigen Bundesländern, gefördert durch die Länder, Öko-Modellregionen, Bio-Musterregionen oder Bio-Regio-Modellregionen. Diese bieten bereits Vernetzungsstellen für den Aufbau regionaler Bio-Wertschöpfungsketten (Hanke, 2022).²¹ Der Ernährungsrat der Stadt Köln hat das bereits

¹⁹ Siehe <https://www.usda.gov/media/blog/2010/12/14/getting-scale-regional-food-hubs>.

²⁰ Siehe <https://www.iledefrance.fr/lancement-du-plan-regional-pour-une-alimentation-locale-durable-et-solidaire>.

²¹ Die aktiven Länder sind Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie Sachsen. Mehr Infos unter: <https://www.biomusterregionen-bw.de/Startseite>,

oben erwähnte Projekt „Set-up-Foodstrip“ im Rheinischen Revier ins Leben gerufen, welches neue Wertschöpfungsketten der regionalen Land- und Ernährungswirtschaft von der Urproduktion bis zum Konsum auf den Weg bringen soll.²² Andere von uns beobachteten Initiativen weisen ebenso Ansätze der Vernetzung auf, die sich jedoch noch stark ausweiten lassen. Das Netzwerk *RENN.west/BNE Netzwerk Nachhaltig Lernen* der Region Marburg²³ schlägt die Schaffung einer Vernetzungsstelle *Regionale Versorgung* vor – als Koordinierungsstelle zwischen Gastronomie, Einrichtungen und regionalen Erzeuger:innen, die als Plattform für Verteilungsstrukturen dienen kann.

Die Ausgestaltung derartiger „Food Hubs“ oder Vernetzungsstellen kann in der Praxis unterschiedlich aussehen: Sie können sowohl private Konsument:innen als auch Einzel- oder Großhandelsbetriebe adressieren sowie als gewinnorientiertes Unternehmen, gemeinnützige Organisation oder gar Genossenschaft konzipiert werden. Das Marburger Netzwerk *Nachhaltig Lernen* fordert beispielsweise mehr Unterstützung für alternative Produktionsformen wie der solidarischen Landwirtschaft,²⁴ die sich insbesondere durch ein Miteinander der Produzent:innen und Konsument:innen auszeichnet. Eine gemeinsame Initiative des Ernährungsrats und des Stadtteilstifts der Stadt Marburg plant nachbarschaftliche Einkaufsgemeinschaften (sog. Food Coops, Beispiel Marburg-Wherda) zu schaffen, um Kleinbäuer:innen sowie handwerkliche Familien- und Kleinbetriebe in der Verarbeitung unterstützen und Transportwege zu reduzieren.

Ungeachtet der konkreten Umsetzung eines verbesserten Dialogs zwischen Produzent:innen und Konsument:innen gilt: Kommunalpolitik hat Vorbildwirkung und kann die Bewohner:innen motivieren, ihre Konsum- und Essgewohnheiten Stück für Stück umzustellen. Als ein etablierter Weg von Städten und Gemeinden, um die Nachfrage nach biologisch und regional produzierten Lebensmitteln zu stärken, kann die Förderung des Direktvertriebes gelten. Dabei kann die Kommunalverwaltung als Verhandlungspartnerin auftreten, um Angebot und Nachfrage miteinander zu vernetzen oder Vertriebsmöglichkeiten zu finden. Die Gemeinde Nebelschütz verpachtet ihren Dorfladen gegen eine geringe Gebühr an die Gemeinschaft „Lausitzer Hofläden“, die dort Gemüse, Obst, Getreideprodukte, Eier und Fleisch von Biobäuer:innen aus der Region verkauft. Dort werden auch Produkte aus der in Nebelschütz ansässigen Genossenschaft Permagold vertrieben, die auf 5 Hektar von der Gemeinde gepachteten Land Kräuter und Obstbäume nach Standards regenerativer Landwirtschaft anbaut. Die Stadt Marburg fördert Direktvermarktung durch Regional- und Bioautomaten und stellte einer lokalen Bio-Agrarinitiative einen kostenlosen Stand auf den Marburger Wochenmärkten zur Verfügung. Auch in Mouans-Sartoux wurde 2020 ein Direkterzeuger:innen-Markt ins Leben gerufen. Die Idee, durch diesen Direktverkauf ein Dutzend regionaler Produzent:innen von Gemüse, Brot, Olivenöl oder Honig zu unterstützen, war im Rahmen eines partizipativen Ateliers mit Bürger:innen aus Mouans-Sartoux entstanden. Ebenso festzuhalten ist, dass die Ankurbelung der Nachfrage nach biologischen, nachhaltig erzeugten Lebensmitteln, unter anderem durch eine biologische Schulverpflegung oder kommunalpolitische Ernährungsbildungsmaßnahmen, Wirkung auf das Lebensmittelangebot vor Ort entfaltet. Beispielsweise eröffnete 2016 in Mouans-Sartoux der erste Unverpacktladen der Region („*Boomerang*“), der ein rein ökologisches Sortiment anbietet und dessen erklärtes Ziel es ist, vorrangig lokale Erzeugnisse anzubieten. Auch die örtliche Bäckerei passte ihr Angebot durch Einführung einer neuen Produktlinie biologisch produzierter Backwaren und Nutzung von Mehl aus nachhaltig angebautem „agrar-ethischen Weizen“ an die gestiegene Nachfrage an. In Mouans-Sartoux versorgen viele

<https://www.oekomodellregionen.bayern/>; <https://www.oekomodellregionen-hessen.de/>; https://www.ml.niedersachsen.de/startseite/themen/landwirtschaft/okologischer_landbau/okomodell-regionen-in-niedersachsen-183372.html; <https://www.land.nrw/pressemitteilung/erste-oeko-modellregionen-nordrhein-westfalen-bergisches-rheinland-kulturland-kreis>; <https://www.landwirtschaft.sachsen.de/bio-regio-modellregionen-47672.html>.

²² Siehe <https://www.ernaehrungsrat-koeln.de/2020/01/17/projektstart-setup-food-strip/>.

²³ *RENN.west/BNE Netzwerk Nachhaltig Lernen Region Marburg* (Hrsg.) (2021). Pilot Ernährung.

²⁴ *Ibidem*.

kleine Gewerke teils auch die Bürger:innen der umliegenden Gemeinden mit Bio-Lebensmitteln.

Die Förderung solcher lokalen und regionalen Strukturen der Vernetzung und des Lokalvertriebs muss nicht aus lokalen Kassen erfolgen. Nationale Förderprogramme können hier einen wichtigen Impuls geben (vgl. Hanke et al., 2022) und somit die lokale Ernährungswende vorantreiben, vor allem in solchen Kommunen, die weniger Eigenmittel zur Verfügung haben.

3.4 Stärkung einer vielfältigen Agrarstruktur durch kommunalen Landerwerb

Aktionsvorschlag: Das Deutsch-Französische Zukunftswerk empfiehlt den Regierungen Deutschlands und Frankreichs folgende Maßnahmen zu ergreifen: Die nationalen Regierungen sollten eine vielfältige Agrarstruktur stärken, indem sie eine ökologisch verträgliche Flächenbewirtschaftung und Regionalisierung der Lebensmittelversorgung fördern. Akteure der lokalen Landwirtschaft sollten direkt unterstützt werden, indem die Vergütung von Landwirt:innen für Umwelt- und Gemeinwohlleistungen durch eine schrittweise Neuausrichtung der Flächenprämien innerhalb der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik verbessert wird. Außerdem sollte es Kommunen ermöglicht werden, die Kontrolle über Agrarland zu behalten, um eine umweltfreundliche landwirtschaftliche Produktion zu fördern. Dafür sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- *Verbessertes Vorkaufsrecht für Kommunen, öffentliche Einrichtungen und lokale landwirtschaftliche Akteure für den Kauf oder die Pacht von Land, das weiterhin landwirtschaftlich genutzt und möglichst ökologisch bewirtschaftet werden soll; in Frankreich insbesondere, wenn die Verwaltungsstruktur SAFER¹ ihr eigenes Vorkaufsrecht nicht geltend macht.*
- *Einrichtung eines Fonds zur Finanzierung des Kaufs von Agrarland durch Kommunen und öffentliche Einrichtungen, die sich einer Bewirtschaftung unter ökologischen Gesichtspunkten verschreiben.*
- *Besteuerung von ungenutztem Brachland, um Anreize für die Kultivierung zu schaffen.*
- *Die deutsche Bundesregierung sollte die steuerliche Lücke beim Ankauf von Wertpapieren (Aktienanteilen) schließen, um den spekulativen Börsenhandel (share deals) mit landwirtschaftlich genutztem Land durch außerlandwirtschaftliche Investorengesellschaften zu unterbinden.*

¹ Die Sociétés d'aménagement foncier et d'établissement rural (SAFER) sind staatlich geförderte Aktiengesellschaften ohne Gewinnerzielungsabsicht, die Strategien zur Bereitstellung von Grundbesitz in ländlichen und stadtnahen Gebieten verfolgen, um eine nachhaltige territoriale Entwicklung im Sinne des Gemeinwohls zu fördern.

Eine nachhaltige Gestaltung von Ernährung kann nicht ohne die vorgelagerten Aspekte von Flächen-nutzungspolitik und Agrarwirtschaft gedacht werden; Insbesondere die Umgestaltung unserer

Nutzung von Böden und Land birgt ein großes Potenzial, dem Klimawandel Einhalt zu gebieten. Gerade der Ankauf von Land in der eigenen Gebietskörperschaft durch Kommunen kann eine effektive Möglichkeit sein, lokale ökologische Transformationsprozesse in Gang zu setzen. Grundsätzlich lassen sich dabei drei Modelle unterscheiden: Landerwerb, a) um als Kommune selbst landwirtschaftlich tätig zu werden und biologisch zu produzieren, b) zur Verpachtung des Landes an Landwirt:innen unter bestimmten Auflagen des nachhaltigen Landbaus oder c) Mischformen aus eigener Produktion und Verpachtung. In allen Modellen besitzt die Kommune die Entscheidungshoheit wie das Land zu nutzen und welche Form der Landwirtschaft zu wählen ist. Neben der kommunalen Selbstbestimmung durch die Möglichkeit, eine unabhängige aktive Liegenschaftspolitik umzusetzen, erlangen Kommunen so eine gewisse Unabhängigkeit von derzeitigen globalisierten Marktstrukturen. Weitere Argumente für Kommunen, Grundstücksvorratsflächen zu bewirtschaften, sind die Möglichkeit, hochwertige Lebensmittel zu erzeugen, eine Vorbildfunktion in der ökologischen Gestaltung in der Gebietskörperschaft einzunehmen oder aber kommunale Aufgaben wie Landschaftspflege, Kompostierung oder Energieversorgung.

Mouans-Sartoux kann als Beispiel des erstgenannten Modells gelten: Die Kommune setzte im Jahr 2010 die sog. *régie agricole*, eine kommunale landwirtschaftliche Direkterzeugung, auf gemeindeeigenem Grund in die Tat um und profitiert heute von einem quasi-autarken kommunalem Verpflegungsmodell für ihre öffentlichen Kantinen (siehe Punkt 3.1.). In Deutschland hat die Kommune Leinfelde-Worbis in Thüringen 2019 einen Land- und Forstwirtschaftsbetrieb gegründet, um insgesamt etwa 500 Hektar Gemeindeland in Eigenregie zu bewirtschaften.²⁵ Das zweite Modell der kommunalen Landnutzung beruht auf der Idee der Verpachtung.²⁶ In der Regel wird kostengünstig an Ökolandwirt:innen aus der Region verpachtet, die selbst kein Ackerland besitzen oder ihre Anbauflächen erweitern möchten. Das sächsische Dorf Nebelschütz hatte bereits kurz nach der Wende Grund gekauft. Als 2006 weitere Flächen zum Verkauf standen, erwarb die Kommune über eine 5-jährige Ratenzahlung finanziert weitere 50 Hektar Land für lokale Nachhaltigkeitsprojekte – unter anderem stellt die Gemeinde einem jungen Landwirt Flächen für Biolandbau zur Verfügung. Mittlerweile werden in der Umgebung ca. 300 Hektar Land von drei Ökolandwirt:innen bewirtschaftet, teils auf Gemeindeland.

Der erleichterte Zugang zu landwirtschaftlich nutzbaren Flächen über kommunale Verpachtungen kann auch Experimentierräume schaffen, beispielsweise wenn Kommunen Akteur:innen Ackerflächen für ernährungsrelevante Vorhaben zur gemeinschaftlichen Nutzung zur Verfügung stellen wie für Formen der Solidarischen Landwirtschaft (vgl. Kruse, 2021). Nebelschütz unterstützt durch Verpachtung nicht nur die Erzeugung regionaler Biolebensmittel, sondern fördert gleichzeitig innovative Ansätze ökologischer Transformationsprozesse innerhalb des Gemeindegebiets. So siedelten sich Expert:innen für Permakultur in Nebelschütz an, die ein Biosphärenreservat und eine Betriebsstätte zur Veredelung lokaler Permakultur-Produkte gründeten. Nebelschütz hat 2004 ein Ökokonto für ökologische Ausgleichsflächen ins Leben gerufen. Unternehmen zahlen in die Gemeindekasse ein, wenn sie Ausgleichsmaßnahmen durchführen müssen, dafür aber keine geeigneten Flächen besitzen. Die so generierten finanziellen Mittel nutzt die Gemeinde wiederum für den Erwerb von Land, das dann verpachtet wird.

Doch sind diese Modelle nicht überall umsetzbar. Zum Beispiel kam in Hintergrundgesprächen mit Vertreter:innen der lokalen Ernährungswende Berlins zur Sprache, dass Stadtgüter wie auch Agrarflächen im Berliner Umland oft sehr langfristigen Pachtverträgen unterliegen. Für eine Umstellung auf ökologischen Landbau können solche langen Fristen mitunter ein Hindernis darstellen, da Verpächter:innen in einem laufenden Landpachtvertrag keine Änderungen erzwingen können. Die Gemeinde

²⁵ Siehe <https://ol.wittich.de/titel/1708/ausgabe/1/2020/artikel/0000000000020059477-OL-1708-2020-3-1-0>.

²⁶ Das Projekt „Fairpachten“ der NABU-Stiftung informiert Verpächter:innen von landwirtschaftlichen Flächen, wie sinnvolle Naturschutzmaßnahmen in einem Pachtvertrag festgehalten werden können und richtet sich auch gezielt an Kommunen. Siehe: <https://www.fairpachten.org/kommunen>.

Nebelschütz nutzte teilweise ihr Sonderkündigungsrecht für den Eigenbedarf, um Agrarflächen von konventioneller Landwirtschaft auf ökologisch nachhaltige Modelle umzustellen. Die erneute Ausschreibung der Pachtverträge wurde mit einer Klausel der biologischen Landnutzung versehen, um neue Impulse in die lokale Landwirtschaft zu bringen.

Wie die Befragung „Welche Unterstützung brauchen Kommunen für erfolgreichen Klimaschutz?“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) aufzeigt, sehen die Kommunen allerdings gerade beim Thema klimaschonende Landwirtschaft in vielen Punkten sehr großen Unterstützungsbedarf (Bongers-Römer et al., 2018). Der derzeitige Rechtsrahmen schränkt den kommunalen Gestaltungsspielraum in der Mitgestaltung von landwirtschaftlicher Landnutzung stark ein. In diesem Zusammenhang sind Bestimmungen zentral, die das kommunale Vorkaufsrecht betreffen. Deutsche und französische Städte und Gemeinden haben prinzipiell Vorrechte im Grundstückserwerb gegenüber privatwirtschaftlichen Investor:innen, wenn der Grund für öffentliche Zwecke genutzt wird und dem Wohl der Allgemeinheit zugutekommt. In der Praxis führen jedoch gewisse Hürden wie steigende Preise und öffentliche leere Kassen dazu, dass es eher selten von Städten und Gemeinden ausgeübt wird. Für landwirtschaftliche Flächen gestaltet sich die rechtliche Situation in Deutschland wie folgt: Prinzipiell gilt ein Vorkaufsrecht für Landwirt:innen (sofern diese eine landwirtschaftliche Nutzung beabsichtigen) für Agrarflächen, welches deren Erhalt sichern soll – in Frankreich hat die Struktur SAFER (Definition s.o.) dieses Recht inne. Kommunen müssen für den Erwerb von Agrarland Ausnahmegenehmigungen z.B. beim zuständigen Landwirtschaftsministerium beantragen. Zudem legen die Bundesländer teilweise Obergrenzen fest, wieviel Ackerland eine Kommune besitzen darf.

Dabei eröffnet der kommunale Landerwerb neue Gestaltungsmöglichkeiten, indem er Kommunen ermöglicht, zur landwirtschaftlichen Nutzung geeignete Flächen zu kaufen. Bei geeigneter Bodenqualität können Kommunen diese für landwirtschaftliche Aktivität umwidmen²⁷ und beispielsweise für die Regionalisierung biologischer Ernährungskreisläufe einsetzen oder die Bodenqualität durch ökologische Nutzung aufwerten. Durch die Umwidmung von kommunal erworbenem Land zu biologischen Ackerflächen fördern Städte und Gemeinden nicht nur die nachhaltige regionale Produktion von Lebensmitteln, sondern steuern gleichzeitig die Flächenversiegelung, die Bautätigkeit und oftmals die Zersiedelung in der Gebietskörperschaft. Somit kann eine Regionalisierung der Lebensmittelproduktion zum Instrument werden, im Sinne eines neuen nachhaltigen Wertesystems rein auf Ertrag fokussierte Wertschöpfungsketten zu durchbrechen sowie die ökologischen Funktionen von Boden anzuerkennen. Dessen biologische Wertigkeit lässt sich mit dem materiellen Wert der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht beziffern: Die Bodenqualität erfährt durch regenerative Formen der Bewirtschaftung meist eine deutliche Aufwertung, während die Fläche aus finanzieller Sicht an Wert verliert: Baugrundstücke werden in der Regel deutlich teurer gehandelt als landwirtschaftliche Nutzfläche. Eine Unterstützung des kommunalen Landerwerbs durch die nationalen Regierungen hätte somit nicht nur Auswirkungen auf lokale Ernährungssysteme, sondern ebenso auf andere zentrale Klima- und Umweltfaktoren. Die Kommunen wissen genau, wo momentan die Barrieren auf nationaler Ebene liegen. Daher ist der Aktionsvorschlag aus dem Resonanzraum in konkrete Aktionspunkte unterteilt, die die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen fokussieren, sowie die Einrichtung eines Fonds für kommunalen Landerwerb vorsehen.

3.5 Förderung von Ernährungsbildung

Aktionsvorschlag: Die nationalen Regierungen sollten ein Förderprogramm für die

²⁷ In Mouans-Sartoux beispielsweise wurde Land erworben und durch Umwidmung im kommunalen Bebauungsplan anderen Nutzungsformen, wie der landwirtschaftlichen Nutzung, zugänglich gemacht. Dies ist auch aus Umweltschutzgründen wie z.B. Schutz von Grünland – allerdings nicht immer möglich bzw. sinnvoll.

Beratung und Weiterbildung von bereits ausgebildetem Personal in der Gemeinschaftsverpflegung zu nachhaltiger Ernährung aufsetzen. Beratung und Weiterbildung könnten über Gutscheine angeboten werden, die zum Bezug dieser Leistungen berechtigen und auf einfache und unbürokratische Weise eingelöst werden können.

Im Resonanzraum diskutierten unsere Expert:innen unter anderem über die häufig zu einseitige Fokussierung von Ernährungssensibilisierung und -bildung auf Konsument:innen, die andere Schlüsselakteur:innen der Wertschöpfungskette außer Acht lasse. Dabei sollte die Erwachsenenbildung im Bereich der nachhaltigen Ernährung gerade auch Mitarbeitende von Kommunalverwaltungen, Gemeinschaftseinrichtungen oder Vertrieben sowie das Küchenpersonal als Gestaltende der Gemeinschaftsverpflegung adressieren. So wurde beschlossen, den Aktionsvorschlag im Bereich Sensibilisierung und Bildung für nachhaltige Ernährung auf Fachkräfte mit Multiplikationseffekt zu beziehen: Das Personal in der Gemeinschaftsverpflegung. Fortbildungsangebote speziell für das bereits ausgebildete Küchenpersonal vermittelten Wertschätzung und könnten dazu beitragen, so die Hoffnung, die Attraktivität des Berufsbildes zu steigern, mehr Menschen für den Ausbildungsberuf zu begeistern und damit dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Über den hier aufgeführten konkreten Aktionsvorschlag hinaus möchten wir anreißern, inwiefern die Gemeinschaftsverpflegung nicht nur eine mögliche Treibkraft für eine lokale Ernährungswende (siehe Punkt 4.3.), sondern auch ein Katalysator für Ernährungsbildung sein kann. Letztere ist als ein zentraler Baustein einer nachhaltigen Ernährungsstrategie auf kommunaler Ebene zu betrachten. Wie in der Literatur vermerkt (vgl. Schrode et al., 2019), fehlt es Konsument:innen oft an Wissen, welche Produkte mit welchen gesundheitlichen, aber auch ökologischen, sozialen und ethischen Folgen verbunden sind. Wunder et al. verweisen auf die Bedeutung von erfahrungsbasierten Bildungsangeboten zum Thema nachhaltige Ernährung und unterstreichen die Schlüsselrolle der Gemeinschaftsverpflegung, indem sie hervorheben, dass diese einen direkten Einfluss auf die Ernährungssituation von Kindern und Jugendliche habe und deren späteres Ernährungsverhalten präge (2018, S. 14). Die Einführung einer nachhaltigeren Speisekarte sollte im Idealfall pädagogisch begleitet werden – wie in Mouans-Sartoux geschehen, wo die Transformation des lokalen Ernährungssystem im Schulkontext begann.

Mouans-Sartoux flankierte das Projekt der sechs Biokantinen mit einem täglichen Volumen von insgesamt ca. 1300 ausgegebenen Essen (von denen 1000 Mahlzeiten an Schüler:innen und 300 an die im Schulwesen Beschäftigten gehen) von Anfang an durch ein Bildungsprogramm. Bildungsanimatour:innen begleiten die Kinder beim Essen, klären sie in der Schulkantine über die Herkunft der Produkte auf, ermuntern sie, bestimmte Lebensmittel zu probieren oder schulen sie bei der Auswahl des Gerichts und der Portionsgröße. Die Kinder entsorgen am Ende der Mahlzeit das übrig gebliebene Essen selbst und lernen dadurch ihren Hunger und damit die passende Portionsgröße besser einzuschätzen. Die dadurch erreichte Reduzierung von Lebensmittelverschwendung trug maßgeblich dazu bei, dass die Umstellung der Kantinen auf eine rein biologische Versorgung ohne zusätzliche Kosten erfolgen konnte. Regelmäßige Ausflüge auf die *régie agricole* fördern das Heranwachsen einer Generation mit stärkerem Bewusstsein für Ernährung: Kinder fungieren auch außerhalb des Schulkontextes als Botschafter:innen der Nachhaltigkeit, indem sie durch ihre Auseinandersetzung mit dem Thema Essen Fragen der Ernährungsgewohnheiten in ihre Familien hineinbringen.

Die Mitglieder des Resonanzraums sahen daher eine Förderung der Weiterbildung des Personals in der Gemeinschaftsverpflegung als einen zentralen Hebel an, um eine Ernährungswende voranzutreiben. Durch Förderprogramme können nationale Regierungen hier wichtige Akzente setzen. Doch geht der Bildungsauftrag für eine lokale Ernährungswende weit über die Gemeinschaftsverpflegung hinaus:

Ohne einen geschulten Blick werden die Verbraucher:innen trotz eines veränderten Angebots in Kantinen oder Lebensmittelgeschäften wenig von ihren Ernährungsgewohnheiten abweichen. Ernährungsbildung ist also, auch über die Arbeit mit Kindern hinaus, ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Ernährungsstrategie auf kommunaler Ebene. Deshalb nimmt Sensibilisierung für nachhaltige Ernährung in Mouans-Sartoux eine zentrale Rolle in der Gestaltung der Ernährungswende ein. Der 2016 eigens dafür geschaffener Fachdienst für Ernährungsbildung der Kommune MEAD vermittelt der breiten Bevölkerung Informationen zum Thema Ernährung. Angeboten werden zahlreiche Workshops und Fortbildungen zu Ernährungsthemen wie zur Zubereitung von Lebensmitteln oder der Zusammensetzung von Speiseplänen. Die MEAD organisiert regelmäßige „Challenges“, in deren Rahmen Familien aus Mouans-Sartoux teilnehmen. Allein 2019 durchliefen 21 Familien das Programm – sie gaben im Anschluss an, den Anteil von biologischen Lebensmitteln an ihrer Ernährung um 26 Prozent gesteigert zu haben. Umfragen der Stadtverwaltung zufolge haben seit 2013 87 Prozent der Familien in Mouans-Sartoux mehr biologische, lokale und saisonale Produkten in ihren Speisplan integriert.

Wirkungsvolle Bildungsinstrumente für nachhaltige Ernährung sind oft kleinteilig, begleitungsintensiv und zeitaufwendig in der Umsetzung. Trotz aller Selbstinitiative sehen Kommunen ihren (finanziellen) Handlungsspielraum im Bereich Ernährungsbildung als beschränkt an. Beispielsweise finanziert sich der kommunale Fachdienst MEAD in Mouans-Sartoux in erster Linie über Drittmittel: Von gegenwärtig neun Beschäftigten ist nur der Posten der Koordinatorin direkt von der Stadt finanziert; die anderen acht Stellen werden von Projektgeldern gespeist oder im Rahmen von Freiwilligendiensten von anderen öffentlichen Stellen bezuschusst. Obwohl sich die MEAD überaus erfolgreich in der Akquise verschiedener Fördermittel diverser Träger:innen erwiesen hat, stellt sich bei der Betrachtung möglicher Problemfelder (z.B. Kurzfristigkeit der Planung, Zweckbindung der Mittel, Prekarität der Beschäftigten, eigener Handlungsspielraum in der Schwerpunktsetzung der bearbeiteten Themen, etc.) doch die Frage nach der Nachhaltigkeit dieser Strategie. Auch in Marburg berichteten Interviewpartner:innen neben der Prekarisierung der im Bildungssektor Beschäftigten auch von unzureichenden Aufwandsentschädigungen für Akteur:innen, die sich für regionale Ernährungsbildungsaktivitäten engagieren. Dies erschwert, die Kontinuität bzw. den Planungshorizont von Bildungsangeboten zu gewährleisten. Deshalb forderte beispielsweise das BNE-Netzwerk die Förderung von Ernährungsbildungsakteur:innen vor Ort – auch jenseits der bekannten Verbände – bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit und der Erstellung von Förderanträgen.

4 Schlussbetrachtung

Kommunen in Frankreich und Deutschland haben das Potenzial nachhaltiger Ernährungssysteme als Hebel für eine sozial-ökologische Transformation erkannt. In der Zusammenarbeit des Zukunftswerks mit ausgewählten Kommunen hat sich gezeigt, dass es einer sozial-ökologischen Transformation auf lokaler Ebene zuträglich ist, eine ökologische und regionale Lebensmittelversorgung in Partnerschaft mit allen lokalen Akteur:innen zu stärken und den Übergang der lokalen Produktion zu einer Agrarökologie zu begleiten.

Das Beispiel Mouans-Sartoux belegt eindrücklich, dass eine gemeinwohlorientierte und ganzheitliche Politik, wie dies im Bereich Ernährung geschieht, die Identifikation der Bewohner:innen mit ihrer Gemeinde stärkt. Fast drei Viertel der Befragten einer Umfrage, die das Zukunftswerk 2021 in Auftrag gegeben hat, befürworteten die ökologischen Maßnahmen der Kommune und nannten vornehmlich die Projekte biologische Schulkantine und kommunaler Gemüseanbau. Fast 60 Prozent schätzen dabei dank der aktiven Gemeindepolitik die Lebensqualität in Mouans-Sartoux als höher als in Nachbargemeinden ein. Die Geschichte von Mouans-Sartoux zeigt: Kommunen können viel bewegen!

Dabei gibt es nicht nur ein Modell für erfolgreiche Veränderungsprozesse. Kommunen können entweder regulierend (Gesetzesvorgaben, z.B. im öffentlichen Beschaffungswesen) oder/und unterstützend (finanzielle Förderungen und Sensibilisierungsmaßnahmen) sowie durch Vorbildwirkung (Gemeinschaftsverpflegung) agieren. Wichtig scheint hierbei eine gewisse Flexibilität in den Modellen beizubehalten, um sie den lokalen Gegebenheiten anzupassen und Experimentierräume für lokale Innovationen zu schaffen. Die geschilderten Beispiele sollen somit lediglich als Inspirationsquelle dienen. Dabei gilt es die Hebelwirkung konkreter Projekte zu nutzen und einen ganzheitlichen Ansatz im Blick zu behalten, da Einzelaktionen in der Regel nicht hinreichend systemwandelnd wirken. Die Erfahrung vor Ort zeigt: Stadtgesellschaft und Kommunalverwaltungen kommen oft über Projekte ins Handeln, ohne dass es bereits eine voll entwickelte Ernährungsstrategie auf kommunaler Ebene geben muss. Eher zeigt die Erfahrung in Mouans-Sartoux, dass einzelne Bausteine sich über die Zeit zu einem kohärenten Maßnahmenplan zusammenfügen können.

Um die Potenziale solcher Maßnahmen zu stärken und ähnliche Ansätze in anderen Kommunen zu multiplizieren, fordert das Zukunftswerk die nationalen Regierungen beider Länder auf, die Umsetzung und Entwicklung innovativer Ernährungsstrategien vor Ort zu fördern sowie den rechtlichen und finanziellen Handlungsrahmen für Kommunen in diesem Bereich zu verbessern. Dabei ist auf die Bewahrung oder Stärkung kommunaler Selbstverwaltung zu achten, da lokale Akteur:innen die Begebenheiten vor Ort kennen und die Bedürfnisse der Gemeinden und ihrer Bürger:innen am besten einschätzen können. Top-down Verpflichtungen, beispielsweise durch nationale Gesetzgeber:innen, werden dagegen von Kommunen nicht immer angenommen, wie die französischen Gesetze zur Zusammensetzung von Kantinenverpflegung zeigten. Es geht also vielmehr darum, förderliche nationale Rahmenbedingungen zu schaffen, ohne lokale Initiative und Handlungsmöglichkeiten einzuschränken.

Doch ist auch nicht zu vergessen: Kommunen können viel voneinander lernen – denn schließlich gibt es bereits einige bewährte „Erfolgsrezepte“ für eine lokale Ernährungswende. Hier sind städteübergreifende Netzwerke als Lernplattformen förderlich. In der Arbeit des Zukunftswerks mit den lokalen Initiativen zeigte sich immer wieder die Bedeutung von externen Impulsen, um lokale Transformationsprozesse durch gegenseitige Unterstützung zu beschleunigen.

Literatur

- Agence Bio** (2021). Les chiffres clés. Comprendre le consommateur. <https://www.agence-bio.org/vos-outils/les-chiffres-cles/>
- Ahrens, S.** (2022). Umsatz mit Bio-Lebensmitteln in Deutschland bis 2021. Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4109/umfrage/bio-lebensmittel-umsatz-zeitreihe/>
- Baldy, J.** (2019). Framing a Sustainable Local Food System — How Smaller Cities in Southern Germany Are Facing a New Policy Issue. In *Sustainability*, 11 (6), S. 1712. <https://doi.org/10.3390/su11061712>
- Belz, J., Follmer, R., Höllscher, J., Stieß, Dr. I., & Sunderer, G.** (2022). Umweltbewusstsein in Deutschland 2020. Berlin: Umweltbundesamt. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbewusstsein-in-deutschland-2020>
- BLE [Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung]** (2020). BLE – Pressemitteilungen. Studie belegt Wachstumskurs für Direktvermarktung. https://www.ble.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/200311_Direktvermarktung.html
- BMEL [Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft]** (2021). Deutschland, wie es isst. Der BMEL-Ernährungsreport 2021. Berlin: BMEL. <https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/ernaehrungsreport2021.html>
- Bohnenberger, K.** (2020). Money, Vouchers, Public Infrastructures? A Framework for Sustainable Welfare Benefits. In *Sustainability*, 12 (2), S. 596. <https://doi.org/10.3390/su12020596>.
- Brandl, J., & Zielinska, I.** (2020). Reviewing the Smart City Vienna Framework Strategy’s Potential as an Eco-Social Policy in the Context of Quality of Work and Socio-Ecological Transformation. In *Sustainability*, 12 (3), S. 859. <https://doi.org/10.3390/su12030859>.
- Chemnitz, C., & Weigelt, J.** (2015). *Bodenatlas. Daten und Fakten über Acker, Land und Erde*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, Institute for Advanced Sustainability Studies, Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland, Le Monde diplomatique (4. Aufl.). <https://www.boell.de/de/bodenatlas>
- Convention Citoyenne pour le Climat** (2020). Découvrez les 149 propositions de la Convention Citoyenne. <https://www.conventioncitoyennepourleclimat.fr>
- Coulson, H., & Milbourne, P.** (2021). Food justice for all?: searching for the ‘justice multiple’ in UK food movements. In *Agric Hum Values*, 38 (1), S. 43-58. <https://doi.org/10.1007/s10460-020-10142-5>.
- Deutsche Gesellschaft für Ernährung [DGE]** (2022). Nachhaltige Ernährung. Ziele für Nachhaltige Entwicklung – Sustainable Development. <https://www.dge.de/ernaehrungspraxis/nachhaltige-ernaehrung/>
- Dürscheid, Dr. H, Follmann, Dr. A., Heinzemann, L., Herrndorf, Dr. M., Heuschkel, Z., Hirsch, Dr. D., Kreuzberger, S., Lück, Dr. S., Nagel-Dürscheid, M., Sander, F., Schwaderer, F., Schwartz, K., Thurn, V., Wiedemann, C., & Wissmann, A.** (2019). Impulse für eine kommunale Ernährungswende. Eine Ernährungsstrategie für Köln und Umgebung - Handlungsfelder, Bestandsaufnahme und Zielvorgaben. Köln: Ernährungsrat Köln und Umgebung. http://www.ernaehrungsrat-koeln.de/wp-content/uploads/2019/07/Impulse-f%C3%BCr-eine-kommunale-Ern%C3%A4hrungswende_Ern%C3%A4hrungsstrategie-f%C3%BCr-K%C3%B6ln_Ern%C3%A4hrungsrat-Mai2019_Doppelseiten.pdf
- FAO [Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen], Alliance of Bioversity International and CIAT [International Center for Tropical Agriculture], & Editora da UFRGS** (2021). Public food procurement for sustainable food systems and healthy diets, 1. Rome. <https://doi.org/10.4060/cb7960en>.

- Hanke, G., von Gehring, F., & Wunder, S.** (2021). Welche Effekte zeitigt eine Regionalisierung von Ernährungssystemen? https://stern-projekt.org/sites/default/files/2022-03/STern_Diskussionspapier_Regionalisierung%20der%20Ern%C3%A4hrungssysteme_0.pdf
- Hanke, G., von Gehring, F., & Wunder, S.** (2022). Politische Strategien für eine nachhaltigkeitsförderliche Regionalisierung von Ernährungssystemen. Diskussionspapier für den gleichnamigen Workshop am 4. Juli 2022. Berlin: Ecologic Institut. <https://www.ecologic.eu/sites/default/files/event/2022/50029-STern-Diskussionspapier-Politische-Massnahmen.pdf>
- Heißenhuber, A., Haber, W., & Krämer, C.** (2015). Umweltprobleme der Landwirtschaft. 30 Jahre SRU-Sondergutachten. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/umweltprobleme_in_der_landwirtschaft_30_jahre_sru-sondergutachten.pdf
- Innes, J. E., & Booher, D. E.** (2010). Planning with complexity: An introduction to collaborative rationality for public policy. London: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203864302>
- Interlici, D.** (2021). Institutionelle Klimaanpassungskapazität von urbanen Ernährungssystemen in Deutschland und der Schweiz. Ein Policy-Brief auf Basis einer vergleichenden Fallstudie. In Kooperation mit NAHhaft e.V. https://www.nahhaft.de/fileadmin/NAHhaft_Website/5_%C3%9Cber_uns/Policy_Brief_Nachhaltige_Urbane_Ern%C3%A4hrungssysteme_NAHhaft-Interlici.pdf
- Medina-García, C., Nagarajan, S., Castillo-Vysokolan, L., Béatse, E., & van den Broeck, P.** (2022). Innovative Multi-Actor Collaborations as Collective Actors and Institutionalized Spaces. The Case of Food Governance Transformation in Leuven (Belgium). In *Frontiers in Sustainable Food Systems*, 5. <https://doi.org/10.3389/fsufs.2021.788934>
- Morgan, K.** (2015). Nourishing the city: The rise of the urban food question in the Global North. In *Urban Studies*, 52 (8), S. 1379-1394. <https://doi.org/10.1177/02042098014534902>
- Moschitz, H., Frick, R., & Oehen, B.** (2018). Von global zu lokal Stärkung regionaler Versorgungskreisläufe von Städten als Baustein für eine nachhaltige Ernährungspolitik – drei Fallstudien. Der Kritische Agrarbericht. https://orgprints.org/id/eprint/32850/1/MoschitzOehenFrick_KAB_2018_RegionaleErn%C3%A4hrung_18.pdf
- Poore, J. & Nemecek, T.** (2018). Reducing food’s environmental impacts through producers and consumers. In *Science*, 360 (6392). <https://doi.org/10.1126/science.aag0216>
- Quack, D., & Teufel, J.** (2020). Politikempfehlungen für eine nachhaltige Transformation der Gemeinschaftsverpflegung. Working Paper 5. Freiburg, Darmstadt & Berlin: Öko-Institut. <https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/WP-Politikempfehlungen-GV.pdf>
- Ratzmann, N., Hüncke, A., & Plessing, J.** (2021). Dialogue: A promising vehicle to steer transformative local change towards more sustainable communities? *Journal of Dialogue Studies*, 9, S. 189-209. <http://www.dialoguestudies.org/wp-content/uploads/2022/01/Dialogue-A-Promising-Vehicle-to-Steer-Transformative-Local-Change-towards-More-Sustainable-Communities.pdf>
- Schanz, H., Pregernig, M., Baldy, J., Sipple, D., & Kruse, S.** (2020). Kommunen gestalten Ernährung – Neue Handlungsfelder nachhaltiger Stadtentwicklung. DStGB Dokumentation, 153. Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hg.), Berlin. <https://www.dstgb.de/publikationen/dokumentationen/nr-153-kommunen-gestalten-ernaehrung/doku-153-final-web.pdf?cid=5yr>
- Schrode, A., Müller, L. M., Wilke, Dr. A., Fesenfeld, L. P., & Ernst, J.** (2019). Transformation des Ernährungssystems: Grundlagen und Perspektiven, Texte 47/2019. Dessau: Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-08-15_texte_84-2019_transfern-ap1_0.pdf
- Sieveking, A.** (2019). Food Policy Councils as Loci for Practising Food Democracy? Insights from the Case of Oldenburg, Germany. In *PaG*, 7 (4), S. 48-58. <https://doi.org/10.17645/pag.v7i4.2081>
- Sipple, D., & Schanz, H.** (2019). Nachhaltige Stadtentwicklung über kommunale Ernährungssysteme: Marktakteursnetzwerke als Ansatzpunkte zur Gestaltung und Steuerung. In *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 63 (1), S. 1-22. <https://doi.org/10.1515/zfw-2018-0024>
- Tefft, J., Jonasova, M., Adjao, R., & Morgan, A.** (2017). *Food Systems for an Urbanizing World*. Washington DC: World Bank and FAO [Agriculture Organization of the United Nations]. <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/32502>

- Wald, N., & Hill, D. P.** (2016). 'Rescaling' alternative food systems: from food security to food sovereignty. In *Agric Hum Values*, 33 (1), S. 203-213. <https://doi.org/10.1007/s10460-015-9623-x>.
- Wunder, S.** (2019). Regionale Ernährungssysteme und nachhaltige Landnutzung im Stadt-Land-Nexus. Texte 137/2019. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt (Hg.) und Öko-Institut e.V. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-11-08_texte_137-2019_run_ap3_4.pdf

Zu den Autor:innen

Dr. Nora Ratzmann

Nora Ratzmann war bis Juni 2022 beim Deutsch-Französischen Zukunftswerk wissenschaftliche Mitarbeiterin. Sie ist momentan wissenschaftliche Projektkoordinatorin am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung.

Kathrin Faltermeier

Kathrin Faltermeier ist beim Deutsch-Französischen Zukunftswerk wissenschaftliche Mitarbeiterin mit Schwerpunkt auf französische Kommunen.

Dr. Julia Plessing

Julia Plessing ist beim Deutsch-Französischen Zukunftswerk wissenschaftliche Projektleiterin.



Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. (IASS)

Das IASS forscht mit dem Ziel, Transformationsprozesse hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft aufzuzeigen, zu befördern und zu gestalten, in Deutschland wie global. Der Forschungsansatz des Instituts ist transdisziplinär, transformativ und ko-kreativ: Die Entwicklung des Problemverständnisses und der Lösungsoptionen erfolgen in Kooperationen zwischen den Wissenschaften, der Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein starkes nationales und internationales Partnernetzwerk unterstützt die Arbeit des Instituts. Zentrale Forschungsthemen sind u.a. die Energiewende, aufkommende Technologien, Klimawandel, Luftqualität, systemische Risiken, Governance und Partizipation sowie Kulturen der Transformation. Gefördert wird das Institut von den Forschungsministerien des Bundes und des Landes Brandenburg.

IASS STUDY

Oktober 2022

Kontakt:

Ortwin.Renn@iass-potsdam.de

Adresse:

Berliner Straße 130

14467 Potsdam

Tel: +49 (0) 331-28822-340

Fax: +49 (0) 331-28822-310

E-Mail: media@iass-potsdam.de

www.iass-potsdam.de

ViSdP:

Prof. Dr. Mark G. Lawrence,

Geschäftsführender Wissenschaftlicher Direktor

Editing: Damian Harrison

DOI: 10.48481/iass.2022.040

